



Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen 2013

des Landeselternbeirats von Hessen
zur hessischen Landtagswahl

Hinweis:

Die CDU Fraktion hat die Antworten zwar nach Kapiteln beantwortet, jedoch nicht in den unterteilten Fragen. Diese Einteilung wurde redaktionell vorgenommen, ohne den Text zu verändern. An Stellen, die keine Einteilung erlaubten ist ein entsprechender redaktioneller Vermerk. Wir bitten um Beachtung.

Grundschulen

1.1. Welche Bedeutung messen Sie der vorschulischen Bildung in den Kindertagesstätten bei?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Zentrale Entwicklungsschritte von Kindern und prägende Grundlagen der späteren Bildungsbiographie werden bereits lange vor der Einschulung in die Grundschule gelegt. Die vorschulische Bildung nimmt daher in der politischen Arbeit der CDU Hessen einen herausgehobenen Stellenwert ein. Gemäß des christdemokratischen Grundsatzes der Wahlfreiheit vertrauen wir dabei insbesondere dem Urteil der Eltern als den am besten mit der optimalen Förderung ihrer Kinder vertrauten Entscheidungsträgern. Um jedoch auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sichern und echte Wahlfreiheit zu gewährleisten, investiert die CDU-geführte Landesregierung in Hessen massiv in den Ausbau der Kinderbetreuung und unterstützt die Kommunen beim Ausbau der Betreuungsangebote und der Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz. Allein im Jahr 2013 werden mehr als 350 Millionen Euro für die Kinderbetreuung bereitgestellt, die sich im kommenden Jahr nochmals um 70 Millionen Euro auf dann rund 424 Millionen Euro erhöhen werden.</p>	<p>Bildung fängt nicht erst mit dem Eintritt in die Schule an. Die Erkenntnisse der Neurowissenschaften, der Entwicklungspsychologie und der Bildungsforschung belegen die Notwendigkeit, alle Kinder früher, individueller, intensiver und damit nachhaltiger zu fördern. Die frühe Kindheit ist somit von zentraler Bedeutung, um den Grundstein für das lebenslange Lernen zu legen. Demzufolge hat für uns die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten eine sehr hohe Bedeutung. Wir wollen eine Ausweitung der qualifizierten Schulvorbereitung, die bereits heute eine bessere Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule ermöglicht. Dieser Ansatz, der für die Schaffung von Chancengerechtigkeit eine überragende Bedeutung hat, muss flächendeckend in Hessen ausgebaut werden.</p> <p>Unser besonderes Augenmerk gilt dem Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Bildungsprozesse können nur erfolgreich sein, wenn sie als durchgängige Entwicklungsprozesse verstanden werden. In diesem Zusammenhang ist die Qualifizierte Schulvorbereitung (QSV) auszudehnen, damit der Fokus noch stärker auf diesen entscheidenden Übergang gerichtet werden kann. Auf Grundlage des Bildungs- und Erziehungsplans ist eine optimale Unterstützung für die weitere Entwicklung des Kindes zu leisten.</p>	<p>Die SPD misst der vorschulischen Bildung und Erziehung in den Kindertageseinrichtungen sehr große Bedeutung zu – wie der frühen Bildung insgesamt. In den frühen Jahren werden die Grundlagen für die spätere Entfaltung aller Talente gelegt und insofern ist diese Phase der kindlichen Entwicklung von besonderer Bedeutung. Deswegen hat sich die SPD auch in den vergangenen Jahren hiermit konzeptionell in besonderer Weise befasst und sich für die kommende Wahlperiode folgendes vorgenommen:</p>	<p>Die Verbesserung der frühkindlichen Bildungsangebote ist uns ein wichtiges Anliegen. Nach unserem Verständnis von frühkindlicher Bildung findet Bildung nicht erst in der Schule statt, sondern Kindertagesstätten müssen in die Lage versetzt werden, Kinder von Anfang an individuell und altersgerecht in ihrer Entwicklung zu fördern und zu unterstützen. Unser Ziel ist es, allen Kindern die gleichen Chancen zu eröffnen, um ihnen eine spätere gute Bildungskarriere zu ermöglichen. Wir wollen zur Stärkung der frühkindlichen Bildung als ersten Schritt Kindergärten zu Bildungsgärten und Familienzentren weiterentwickeln. Dazu gehört aus unserer Sicht u.a. die Einführung einer Kompetenzerfassung für jedes Kind, das die Elternberatung miteinschließt, eine verbesserte Bildungsdokumentation, frühe Sprachbildung für alle Kinder und die kindgerechte Ausgestaltung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule durch verbindliche Tandemvereinbarungen und den Ausbau der flexiblen Eingangsstufen an Grundschulen.</p>	<p>Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, und zwar von Geburt an. Daher fällt der vorschulischen Bildung ein großer Stellenwert zu. Hierzu zählt nicht nur die direkte Vorbereitung auf die Schule, sondern die gesamte Umsetzung des Bildungsauftrags, der bestmöglich und individuell für jedes Kind zu realisieren ist. Um dies zu garantieren, sind gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch erlauben, ihre Arbeit bestmöglich zu bewerkstelligen.</p>

1.2. Wie wird sich der durch die geplante Änderung des KiföG heruntergesetzte Betreuungsschlüssel auswirken?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Einen nachhaltigen und wirkungsvollen Ansatz stellt in diesem Zusammenhang auch das mit mehr Qualität, mehr Geld und mehr Gerechtigkeit in der Kinderbetreuung verbundene Kinderförderungsgesetz dar. Mit der Begründung von hessenweit einheitlichen Mindeststandards ist eine qualitativ hochwertige Betreuung für jedes Kind in Hessen gewährleistet. Der Umstieg auf eine kindbezogene Förderung stellt dabei sicher, dass jedes Kind seinen an den bisherigen Regelungen der Mindestverordnung orientierten Fachkraftanteil mitbringt. Darüber hinaus ist es den Kommunen freigestellt, die Qualitätsstandards beizubehalten oder angesichts der deutlich steigenden finanziellen Zuwendungen des Landes weiter auszubauen.</p>	<p>Wir Liberalen sind der Überzeugung, dass das Kinderförderungsgesetz mehr Qualität, mehr Förderung und mehr Gerechtigkeit für die Kinder in Hessen bringt. Der Betreuungsschlüssel wurde zwar geändert aber nicht verschlechtert, so dass sich das Kinderförderungsgesetz nicht negativ auswirken wird. Vielmehr profitieren durch die Einführung des Gesetzes nun deutlich mehr Kinder von einer Kinderbetreuung. Ab 2014 wird so viel Geld in die Zukunft unserer Kinder wie nie zuvor investiert und für uns steht die Qualität in hessischen Kindertagesstätten im Vordergrund. Dabei geht es uns nicht um die reine Betreuung, sondern vor allem auch um frühkindliche Bildung.</p>	<p>Das so genannte KiföG wird der Qualität von Bildung und Betreuung in den Kindertageseinrichtungen schaden, wenn die Kommunen nicht bereit oder in der Lage sind, die sinkende Förderung durch das Land zu kompensieren.</p>	<p>Wir befürchten, dass durch die neue Finanzierungssystematik im KiföG, die Einrichtungen ihre Gruppen vergrößern werden (müssen) und sich somit die Betreuungssituation verschlechtert. Unhaltbar in unseren Augen ist, dass im KiföG die Betreuung von behinderten Kindern absolut unzureichend geregelt ist und sich deshalb besonders für sie durch das neue Gesetz die Betreuungssituation dramatisch verschlechtern wird.</p> <p>Um die Bildungsprozesse der Kinder individuell und altersgerecht gestalten zu können, müssen die Fachkräfte in den Kindertagesstätten nicht nur gut ausgebildet sein sondern auch ausreichend Zeit für die Förderung jedes einzelnen Kindes haben. Gerade für die ganz kleinen Kinder ist die Bindungskontinuität als Voraussetzung des Bildungsprozesses wichtig. Die Gruppengrößen in den Einrichtungen müssen sich deshalb an den jeweiligen Entwicklungsstufen der Kinder orientieren. Auch für die so genannte „mittelbare Zeit“ wie konzeptionelle Arbeiten und Elternberatung benötigen die Erzieherinnen und Erzieher ausreichend Zeitkapazitäten.</p>	<p>Auch die „Nachbesserung“ des Gesetzentwurfes hat keine befriedigende Lösung gefunden. Die Forderung der LINKEN ist eindeutig und könnte eine gute und kindgerechte Betreuung in Kindertagesstätten garantieren. DIE LINKE fordert, dass in einer Gruppe zwei qualifizierte Vollzeitkräfte für höchsten 8-10 Kinder unter 3 Jahren und zwei qualifizierte Vollzeitkräfte für höchsten 20 Kinder über drei Jahren zuständig sein müssen. Um dies zu erreichen, müssen zusätzlich 2.500 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden, wofür den Kommunen vom Land entsprechende zweckgebundene Mittel bereitgestellt werden müssen.</p>

1.3. Hessen und Bayern haben einen gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsplan erarbeitet, der die Entwicklung des Kindes bis zum 10. Lebensjahr umfasst. Wird der BEP im Grundschulbereich ausreichend umgesetzt? Falls nein, welche Maßnahmen sind zu ergreifen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Mit der Implementierung des im Jahr 2004 beschlossenen Bildungs- und Erziehungsplanes für Kinder von 0-10 Jahren haben die Bundesländer Bayern und Hessen überdies neue Maßstäbe im Bereich der frühkindlichen Entwicklung gesetzt. Erstmals werden dabei die Potentiale und Begabungen der jungen Menschen im Verlauf der gesamten kindlichen Entwicklung frühzeitig und umfassend gefördert und die entsprechenden Maßnahmen nicht länger auf einzelne Altersabschnitte beschränkt. Diese enge Verzahnung aller an der Bildung und Erziehung der Kinder beteiligten Akteure und Institutionen bildet das Fundament zum Erwerb der notwendigen Basiskompetenzen. An nahezu allen hessischen Grundschulen bestehen zwischenzeitlich Kooperationsbeziehungen mit Kindertageseinrichtungen, darunter auch mehr als 550 feste Tandems. In den schulrechtlichen Bestimmungen ist zudem ausdrücklich festgehalten, dass sich der Unterricht und die schulische Arbeit an den Vorgaben des Bildungs- und Erziehungsplanes zu orientieren habe.</p>	<p>Die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplan beginnt in den Kindertagesstätten und dafür setzen wir uns ein. Aus diesem Grund fördern wir auch über Pauschalen durch das KiFöG und bei QSV die Kitas, die ihn umsetzen. Wir setzen uns ein für eine Qualitätsoffensive im Grundschulbereich sowie eine Stärkung der Grundschulpädagogik. Im diesem Zusammenhang besteht die Möglichkeit, die Umsetzung des BEP noch stärker zu verankern und im Rahmen eines Schwerpunktes in die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu implementieren.</p>	<p>Die SPD hat die Erarbeitung des BEP im Grundsatz begrüßt. In der Tat ist es aber so, dass der BEP von der Landesregierung nicht mit Leben erfüllt worden ist. Dies hat die SPD in den vergangenen Jahren auch stets kritisiert und auf diesen Missstand hingewiesen. Aus Sicht der SPD sind dreierlei Dinge zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans erforderlich:</p> <p>a) Zur Kooperation der Grundschulen mit den Kindertageseinrichtungen, die für die Umsetzung des BEP unverzichtbar ist, wollen wir sowohl den Kindertageseinrichtungen wie auch den Grundschulen die notwendigen (zeitlichen) Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>b) Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie die Erzieherinnen und Erzieher benötigen Unterstützung bei der konkreten Arbeit mit dem BEP. Hierfür müssen gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden. Dafür will die SPD ein eigenes Budget im Landeshaushalt vorsehen.</p> <p>c) Schließlich soll der BEP inhaltlich evaluiert und weiterentwickelt werden. Dies will die SPD sicherstellen.</p>	<p>Wir wollen die Kindertagesstätten und Grundschulen in die Lage versetzen, den Bildungs- und Erziehungsplan tatsächlich umsetzen zu können. Die enge Zusammenarbeit, durch den Ausbau von sogenannten Tandems, zwischen beiden Institutionen muss selbstverständlich und durch ausreichend Zeit ermöglicht werden. Die GRÜNEN kritisieren schon seit langem, dass der Bildungs- und Erziehungsplan für Grundschulkindernur auf dem Papier existiert, aber nicht wirklich umgesetzt wurde. Wir wollen den BEP endlich mit Leben füllen.</p>	<p>Hessen und Bayern haben einen gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsplan erarbeitet, der die Entwicklung des Kindes bis zum 10. Lebensjahr umfasst. Wird der BEP im Grundschulbereich ausreichend umgesetzt? Falls nein, welche Maßnahmen sind zu ergreifen?</p> <p>Der BEP wird nicht nur im Grundschulbereich nicht ausreichend umgesetzt. Grundsätzlich auch ist die fehlende Verbindlichkeit zu kritisieren.</p> <p>Einleitend ist im BEP zu lesen: „Der Bildungs- und Erziehungsplan steht für eine Pädagogik, die das Kind mit seinen individuellen Lernvoraussetzungen in den Mittelpunkt stellt. Das Kind erfasst aktiv seine Umwelt und gestaltet – konstruiert – seine Lernerfahrungen mit.“</p> <p>Die Schulpolitik der schwarz-gelben Landesregierung ist aber vor allem von einem geprägt: Dem Bemühen der Schaffung von Homogenität. Es wird keinesfalls von dem einzelnen Kind aus gedacht, vielmehr wird ausgesondert – und dies mit starren Vorgaben, um einheitliche Lernziele zu erreichen. Die individuellen Lernvoraussetzungen, und auch die individuellen Fähigkeiten der einzelnen Kinder, werden in keiner Weise berücksichtigt.</p> <p>Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention findet nicht statt; die notwendigen Rahmenbedingungen werden nicht geschaffen. Zudem wird am Ende der Grundschulzeit selektiert. Der drastische Mangel an echten Ganztagschulen sowie fehlende Reformen der Unterrichtsgestaltung kommen hinzu.</p> <p>DIE LINKE in Hessen hat ein Schulkonzept entwickelt, welches Ihnen beigefügt wird. Die „Schule für Alle“ hat ein anderes Verständnis von Unterricht, Bildung und Schule. DIE LINKE fordert ein inklusives Schulsystem, in dem alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen, ohne „Abschulen“, ohne Sitzenbleiben, ohne Selektion – und dies in einer Schule, die sich als Ort des Lebens und Lernens versteht.</p>

1.4. Der Landesrechnungshof hat letztes Jahr die Schließung von Zwergschulen gefordert. Wie sehen Sie die Zukunft kleiner Grundschulen insbesondere im ländlichen Bereich unter Beachtung der demographischen Entwicklung.

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Der Rückgang der Schülerzahlen wird die Grundschulen in einigen Regionen gleichwohl vor große Herausforderungen stellen, die es gemeinsam durch strukturelle Lösungsansätze wie Verbundschulen, aber auch durch eine entsprechende Prioritätensetzung von Bildungsausgaben im Haushalt zu bewältigen gilt. Die massiven Schulschließungen durch SPD und Grüne in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen als Folge der enormen Kürzungen im Bildungsetat sind demgegenüber keine nachhaltige Lösung. Investitionen in Bildung begreifen wir als Investitionen in die Zukunft. Mit durchschnittlich 19,6 Schülern pro Grundschulklasse kann Hessen bereits heute die mit Abstand kleinsten Klassen aller elf westdeutschen Bundesländer vorweisen. Durch die Erhöhung der Besoldungsstufen von Grundschulleitern wurde ferner die Attraktivität der Leitungsaufgaben an den Grundschulen nachhaltig gestärkt. Die CDU Hessen wird daher auch weiterhin an dem bewährten Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ festhalten und sich für den Erhalt kleiner Grundschulen im ländlichen Raum engagieren.</p>	<p>Wir werden uns auch zukünftig für die kleinen Grundschulen einsetzen, da für uns der Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“ im Vordergrund steht. Mit Hilfe von jahrgangsübergreifendem Unterricht und Schulverbänden sowie Verbundschulen kann zusätzlich dazu beigetragen werden, dass die kleinen Grundschulen bestehen bleiben. Jedoch muss eine sinnvolle Mindestgröße eingehalten werden, um den Kindern auch den bestmöglichen Unterricht zu ermöglichen.</p>	<p>Für die SPD gilt der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“. Deswegen stellt die SPD die Existenz von kleineren Schulstandorten – nicht nur im Grundschulbereich – grundsätzlich nicht in Frage. Unabhängig davon kann aber auch keine Garantie für jeden einzelnen Standort gegeben werden. Wenn eine Gefährdung eines Standortes eintritt, dann ist dies im Einzelnen mit den für die Schulentwicklung zuständigen kommunalen Schulträgern zu erörtern.</p>	<p>Für uns GRÜNE gilt der Grundsatz: Kurze Beine, kurze Wege. Wir treten daher für ein möglichst wohnortnahes Grundschulangebot ein. Gleichzeitig müssen jedoch im Einzugsbereich einer Grundschule genug Kinder leben und sich für den Besuch der Schule entscheiden, um den Betrieb pädagogisch sinnvoll und mit einer hinreichenden Bildungsqualität aufrecht erhalten zu können. Um es extrem auszudrücken: Eine Schule ohne (oder mit sehr wenigen) Kindern wird sich nicht aufrechterhalten lassen können. Sehr kleinen Grundschulen wollen wir durch individuelle Lösungen wie jahrgangsübergreifenden Unterricht oder den Verbund mit einer anderen Grundschule in ihrem Ort eine Perspektive geben. Daher unterstützen wir entsprechende Vorschläge der Schulgemeinde und des Schulträgers.</p>	<p>Der Landesrechnungshof hat letztes Jahr die Schließung von Zwergschulen gefordert. Wie sehen Sie die Zukunft kleiner Grundschulen insbesondere im ländlichen Bereich unter Beachtung der demografischen Entwicklung?</p> <p>Dem ländlichen Raum kommt – auch im Schulbereich – eine besondere Bedeutung zu. Die Forderung des Landesrechnungshofes zeigt deutlich die neoliberale Ausrichtung, unter der die derzeitige Bildungspolitik leidet. DIE LINKE hat und wird sich stets für ein wohnortnahes Schulangebot einsetzen. Die Schülerbeförderung im ländlichen Raum ist schon ohne weitere Schulschließungen stellenweise absolut inakzeptabel. Sicherlich kann über eine Änderung der Schul- und Unterrichtsstruktur diskutiert werden, und auch das Modell der Schulverbände ist nicht unattraktiv. Ebenso muss, insbesondere im Hinblick auf die demografischen Veränderungen, an der Umsetzung von jahrgangsübergreifendem Unterricht gearbeitet werden, welcher durchaus auch pädagogisch wünschenswert ist. Wir sind der Meinung, dass mit Veränderungen in der Bildungspolitik hin zu Schulen für Alle auch drohenden Schulschließungen entgegen gewirkt werden kann.</p>

2. Hauptschule

2.1 Wie sehen Sie die Zukunft der Hauptschule?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Im Rahmen eines differenzierten Schulsystems, das praktische und handwerkliche Talente nicht minder wertschätzt als geisteswissenschaftliche Begabungen, kommt den Hauptschulen auch künftig ein zentraler Stellenwert in der hessischen Bildungspolitik zu. In Hessen gibt es mehr als 260 Schulen, die einen eigenständigen Bildungsgang Hauptschule anbieten.</p> <p>Im Jahr 2012 haben 11.829 Schülerinnen und Schüler einen Hauptschulabschluss erworben – ein im Vergleich zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife (21.539) zwar geringerer, jedoch noch immer beträchtlicher Anteil. Ein solider Hauptschulabschluss ist zudem auch weiterhin die Voraussetzung für eine gute Ausbildung in den Betrieben und an den beruflichen Schulen, die wiederum seit Jahrzehnten einen zuverlässigen Garanten für qualifizierte Fachkräfte und damit für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Hessens und der Bundesrepublik darstellt. Gerade in Zeiten der zurückliegenden Wirtschaftskrise ist einmal mehr offenkundig geworden, dass sich das deutsche Modell der dualen Ausbildung als europaweit vorbildlich und krisenfest bewährt hat. Während die europäischen Partnerländer ohne das bewährte deutsche Ausbildungssystem mit Arbeitslosenquoten bei Jugendlichen von zum Teil über 50 Prozent zu kämpfen haben, weist Deutschland mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 8 Prozent den niedrigsten Wert aller 27 EU-Staaten auf. Diese Entwicklung verdanken wir ganz maßgeblich der hervorragenden Arbeit, die an den Haupt- und Berufsschulen geleistet wird und die wir daher auch in Zukunft stärken werden.</p>	<p>Eine liberale Bildungspolitik setzt sich dafür ein, dass kein Bildungsgang und keine Schulform per se oder aus ideologischen Motiven abgeschafft wird. Demzufolge werden wir die Hauptschulen dort erhalten, wo sie gewünscht sind. Ferner setzen wir uns für die Weiterentwicklung und den Fortbestand des Bildungsgangs der Hauptschule ein. Dem Bildungsgang der Hauptschule und dem Hauptschulabschluss muss eine höhere Wertschätzung entgegengebracht werden. Eine Verstärkung der Berufsorientierung ist unseres Erachtens sinnvoll, um die Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Die Aufrechterhaltung der Schulform ist ebenso elementarer Bestandteil unseres vielfältigen hessischen Schulsystems.</p> <p>Insbesondere in den Regionen, in denen es keine Hauptschulen mehr gibt ist die Mittelstufenschule eine Alternative und die Chance die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Fähigkeiten und Begabungen zu unterstützen. Die Mittelstufenschule ist zudem eine Möglichkeit für Hessens Haupt- und Realschulen, den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen. Sie wird durch die Ausrichtung als Ganztagsangebot auch den heutigen Erfordernissen des schulischen Umfelds gerecht. Der Ausbau muss jedoch von den Schulen vor Ort gewollt sein und auf freiwilliger Basis erfolgen.</p>	<p>Die Hauptschule als eigenständige Schulform wird von den Eltern schon lange nicht mehr angenommen und nachgefragt. Übergangsquoten nach Klasse 4 auf die Hauptschule in einer Größenordnung von 2,5 Prozent sprechen eine eindeutige Sprache. Auch die seit Jahren, ja seit Jahrzehnten andauernden Versuche der „Rettung der Hauptschule“ haben daran keine Veränderung herbeigeführt.</p> <p>Die SPD hat sich daher entschlossen, die Hauptschule als eigenständige Schulform auslaufen zu lassen. Stattdessen sollen die Kinder und Jugendlichen in gemeinsamen Klassen an Realschulen oder Gesamtschulen individuell gefördert werden.</p>	<p>Wir werden keine von den Eltern vor Ort gewünschte Schule des gegliederten Schulwesens abschaffen, auch keine Hauptschulen. Allerdings hat die Hauptschule ein Akzeptanzproblem wie die Anwahlentscheidungen der Eltern nach der Grundschule zeigen. Die Erfahrungen anderer Bundesländer zeigen, dass sich aufgrund der Entscheidungen vor Ort mittel- bis langfristig mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Zwei-Säulen-Schulsystem entwickeln wird. In ihm gibt es das Gymnasium auf der einen und eine weitere leistungsfähige Schulform mit längerem gemeinsamen Lernen und allen Abschlüssen an einer Schule auf der anderen Seite.</p>	<p>Schwarz. Eltern wählen die Hauptschulen nicht mehr an, - aus gutem Grund. Und Schülerinnen und Schüler möchten sie am liebsten verlassen, sie schämen sich, dass sie diese Schulform besuchen (müssen). Hauptschulen haben sich längst zu den Restschulen in unserem Land entwickelt. Dem kann nur sinnvoll mit der Schule für Alle begegnet werden.</p>

2.2 Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden um die Akzeptanz bei Schülern und Eltern zu steigern?

Welche Maßnahmen sind erforderlich, um Hauptschüler den Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Ein klares und entschiedenes Bekenntnis zur Hauptschule als Schulform und zu den dort erbrachten Leistungen der Schüler und Lehrer sind dabei freilich unabdingbare Voraussetzung, um die allgemeine Wertschätzung für die Hauptschulen zum Ausdruck zu bringen und das Selbstwertgefühl aller Mitglieder der Schulgemeinden an den Hauptschulen zu stärken. Wer die Hauptschule und die Hauptschüler dagegen permanent aus niederen Beweggründen schlechtredet, ruft unweigerlich auch entsprechende Akzeptanzprobleme hervor. Die von den Parteien des linken Spektrums vorgenommene Diffamierung von Hauptschülern als „Absteiger“ wird weder den Verdiensten und dem Engagement der zahlreichen jungen Menschen ohne Abitur, noch dem herausragenden Beitrag der Haupt- und Berufsschüler zu Wachstum und Wohlstand in Hessen und Deutschland gerecht. Mit der Einführung und dem sukzessiven Ausbau von „SchuB“-Klassen („Schule und Betrieb“) hat die CDU-geführte Landesregierung schließlich dazu beigetragen, dass die Praxis- und Berufsorientierung in den Hauptschulen nachhaltig gestärkt und der Anteil der Hauptschüler ohne Abschluss weiter reduziert wurde. Bei diesem Modell werden insbesondere abschlussgefährdete Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Hauptschulklasse an drei Tagen in der Woche in der Schule unterrichtet und an zwei Tagen in einem Betrieb vor Ort auf den Berufsalltag vorbereitet. Rund 90 Prozent der teilnehmenden Jugendlichen erwerben daraufhin erfolgreich einen Hauptschulabschluss, etwa ein Drittel erhält bereits im Verlauf der Maßnahme eine verbindliche Zusage für einen Ausbildungsplatz. Zusammen mit anderen Maßnahmen wie z.B. den Osterferiencamps konnte die Zahl der</p>	<p>Zunächst muss das Schlechtreden von bestimmten Schulformen und Bildungsgängen und die ideologische Auseinandersetzung damit beendet werden. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Hauptschulen und dem Bildungsgang Hauptschule leisten hervorragende Arbeit, die es anzuerkennen gilt.</p> <p>Die Weiterentwicklung des Bildungsganges, das verstärkte Zusammenwirken von der Vermittlung theoretischer Inhalte sowie einer systematischen verstärkten Berufsorientierung können die Abschlussquoten und die Ausbildungsreife verbessern, so dass die Akzeptanz bei den Jugendlichen und ihren Eltern wieder steigt.</p> <p>Eine Verstärkung der Berufsorientierung ist im Hauptschulzweig besonders sinnvoll, um die Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und einen Berufseinstieg durch praktische Erfahrungen zu erleichtern.</p> <p>Ferner bietet die Mittelstufenschule die Chance, die Schülerinnen und Schüler des Hauptschulbildungsganges entsprechend ihrer Fähigkeiten und Begabungen zu unterstützen. Durch die Kooperation mit den beruflichen Schulen und Ausbildungsbetrieben werden sowohl der Praxisbezug als auch die Berufsorientierung verstärkt. In beiden abschlussbezogenen Bildungsgängen ist eine systematische Berufsorientierung fester Bestandteil, so dass die Ausbildungsreife verbessert werden kann. Wir setzen uns für den</p>	<p>Auf die Antwort auf Frage 2.1 wird verwiesen.</p> <p>Nach Auffassung der SPD müssen alle Jugendlichen auf den Einstieg in eine Berufsausbildung bzw. ins Berufsleben vorbereitet werden. Dafür ist eine frühzeitige Berufsorientierung in allen Schulformen erforderlich.</p> <p>Mit einer Qualitätsverbesserung des Schulwesens, einer Neuordnung der Übergangssysteme und einer neuen Kultur der individuellen Förderung wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass allen Jugendlichen der Start ins Berufsleben mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung gelingt. Darüber hinaus will die SPD allen Jugendlichen bis 35, die bisher keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, in der nächsten Wahlperiode ein (Nach-) Qualifizierungsangebot machen. So wollen wir Lebensperspektiven eröffnen, den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften langfristig decken sowie den Transferleistungsbezug reduzieren.</p>	<p>Erfolgreiche Modelle zur Förderung von Hauptschülerinnen und -schülern wie beispielsweise SchuB wollen wir fortführen. Mit einer echten 100% Lehrerversorgung und einer Ausweitung der Lehrerruhestellen nach Sozialindex wollen wir alle Schulen – also auch die Hauptschulen – in die Lage versetzen, mehr und bessere Angebote zur individuellen Förderung machen zu können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, einen Teil der Stellen in Geld umzuwandeln, um daraus beispielsweise Schulsozialarbeit finanzieren zu können. Wir sind der Meinung, dass durch positive Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern in den Hauptschulen und besonders bei der darauffolgenden erfolgreichen Ausbildungsplatzsuche die Akzeptanz gesteigert werden kann. Damit alle Hauptschülerinnen und -schüler (wie auch die Schülerinnen und Schüler anderer Schulformen) ein Angebot für eine Berufsausbildung erhalten, halten wir eine Reform des Übergangssystems für notwendig. Diese Reform hat die Landtagsfraktion gemeinsam mit Experten in einem Konzept beschrieben („Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung“, http://gruenlink.de/i5i). Diese Reform sieht vor, dass die Schülerinnen und Schüler schon während der Schulzeit besser bei der Lebens- und Arbeitsweltorientierung begleitet werden. Statt dem derzeitigen Durcheinander von vielen Förderprogrammen im</p>	<p>Eine Reparatur ist nicht möglich. Gute Maßnahmen wie sie z.B. für sog. SchuB-Klassen an Hauptschulen verwirklicht wurden, sollten an Schulen für Alle eingerichtet werden, damit auch schwache Schülerinnen und Schüler eine Chance auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben.</p>

<p>Hauptschüler ohne Abschluss von insgesamt 22,9 Prozent im Schuljahr 1999/2000 auf 10,3 Prozent im Schuljahr 2010/11 reduziert werden. Diese weithin anerkannten Erfolgsmodelle werden wir daher auch künftig weiter ausbauen und optimieren.</p>	<p>Ausbau der Mittelstufenschule ein, um die Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und einen erfolgreichen Schulabschluss zu ermöglichen. Dafür setzen wir besonders auf die Kompetenz und Erfahrung der Beruflichen Schulen und ihrer Kollegien. Die Mittelstufenschule ist zudem eine Möglichkeit für Hessens Haupt- und Realschulen, den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen. Sie wird durch die Ausrichtung als Ganztagsangebot auch den heutigen Erfordernissen des schulischen Umfelds gerecht. Der Ausbau muss jedoch von den Schulen vor Ort gewollt sein und auf freiwilliger Basis erfolgen.</p>		<p>Übergang Schule/Beruf soll es künftig nur noch zwei Grundtypen von Förderungsangeboten geben: Erstens die mit öffentlichen Mitteln geförderte vollqualifizierende Berufsausbildung für Schülerinnen und Schüler, die keinen Ausbildungsvertrag bekommen haben. Zweitens eine Ausbildungsvorbereitung für Schülerinnen und Schüler, die für die Teilnahme an einer Ausbildung noch zusätzlichen Förderbedarf haben. Ziel einer jeden Förderung ist es, dass die jungen Menschen einen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf machen. Warteschleifen sollen so vermieden werden. Jedem jungen Menschen soll außerdem in Beratungsangebot über den für sie besten weiteren Förderweg gemacht werden. Vorrang behält allerdings die bewährte Ausbildung im Dualen System.</p>	
---	--	--	---	--

3. Realschule

3.1. Hauptschule und Gymnasium beherrschen das mediale Interesse. Realschulen fristen zumindest medial ein Schattendasein. Wie ist nach Ihrer Auffassung die Realschule für die Zukunft aufgestellt?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Die geringere mediale Aufmerksamkeit der Realschulen steht in einem offenkundigen Gegensatz zu dem statistischen Befund, wonach im vergangenen Jahr mit 23.863 Schülerinnen und Schülern noch immer die meisten jungen Menschen in Hessen die Schule mit einem Realschulabschluss verlassen haben. Eine Umfrage von dimap consult im Oktober 2009 zu Ansehen und Arbeit der Realschulen im benachbarten Nordrhein-Westfalen hat in diesem Sinne auch gezeigt, dass 56 Prozent der Befragten – quer durch alle Bildungsschichten, Einkommensgruppen und Parteienpräferenzen – den Realschulen eine sehr gute oder gute Arbeit bescheinigen, wohingegen lediglich 14 Prozent die Arbeit dieser Schulform negativ bewerten. Insbesondere in der Vorbereitung auf die praktische Berufstätigkeit genießt die Realschule unter den Befragten das höchste Ansehen aller Schulformen. Positiv herausgestellt werden jedoch auch die guten und vielfältigen Übergangsmöglichkeiten zu weiterführenden Abschlüssen, die Vermittlung einer soliden Allgemeinbildung, die ausgewogene Zusammensetzung der Schülerschaft und die Aufstiegschancen für Schülerinnen und Schüler. Die von den Einheitsschulbefürwortern angestrebte Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen, die in einem zweiten Schritt auch die Realschulen abschaffen und eine Zusammenlegung mit den Gymnasien erzwingen wollen, wird dagegen grundsätzlich in allen Umfragen mit großer Mehrheit abgelehnt und zeugt daher auch von dem hohen Stellenwert, den die Realschulen nach wie vor besitzen.</p>	<p>Es gilt auch in Zukunft die Realschule und den Realschulabschluss zu fördern und weiterzuentwickeln. Der Bildungsgang bedarf jedoch auch einer Veränderung und stärkeren beruflichen Orientierung, um die Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Die Aufrechterhaltung der Schulformen ist ebenso elementarer Bestandteil unseres vielfältigen hessischen Schulsystems.</p>	<p>Die SPD teilt die Einschätzung nicht, dass die Realschule ein Schattendasein fristet. In der Logik des gegliederten Schulsystems ist die Realschule nach Auffassung der SPD gut aufgestellt. Sie führt die Schülerinnen und Schüler zum mittleren Bildungsabschluss mit der Möglichkeit, entweder in eine betriebliche Ausbildung einzutreten oder den Bildungsweg in einer Schule der Sekundarstufe II des beruflichen oder allgemeinen Schulsystems fortzusetzen.</p>	<p>Die Realschulen haben eine wichtige Funktion in unserem Bildungssystem. Sie bereiten auf die mittlere Reife vor und sind somit für viele Schülerinnen und Schüler die Grundlage für ihre Berufsausbildung im Dualen System. In immer stärkerem Maße haben sich die Realschulen aber auch – u.a. wegen G8 an den Gymnasien – zu Brücken in die gymnasiale Oberstufe entwickelt. Die Realschulen spielen somit auch eine wichtige Rolle um in unserem derzeitigem Bildungssystem wenn schon nicht ein Mehr an Durchlässigkeit, dann aber doch ein Mehr an Anschlussfähigkeit sicherzustellen.</p>	<p>Auch hier wieder: Wir wollen keine eigene Schulform für den mittleren Schulabschluss.</p>

3.2. Welche Maßnahmen sind zu ergreifen um die Attraktivität der Realschulen zu erhöhen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Als CDU Hessen halten wir daher im Rahmen des differenzierten Schulsystems an der Realschule ausdrücklich fest. Der breit angelegte Fächerkanon der Realschule und gezielte Maßnahmen zur Berufsvorbereitung, darunter insbesondere die mehrwöchigen Betriebspraktika im 9. Schuljahr, qualifizieren die jungen Menschen sowohl für den Übergang in das Arbeitsleben, als auch für die vielfältigen Anschlussmöglichkeiten zum Besuch weiterführender Schulen. Zugleich führt die Realschule jene Schülerinnen und Schüler, die den Anforderungen eines Gymnasiums nicht gewachsen sind, aufgrund ihrer Scharnierfunktion in vielen Fällen zu einem erfolgreichen mittleren Abschluss und ermöglicht ihnen dadurch eine gute berufliche Perspektive. Die Einführung zentraler Abschlussarbeiten hat darüber hinaus eine angemessene Vergleichbarkeit und Transparenz der Abschlüsse herbeigeführt und an entscheidender Stelle zu einer verbesserten Qualität des Unterrichts beigetragen.</p>	<p>Wir sind überzeugt davon, dass an den Realschulen sehr gute Arbeit geleistet wird. Im Rahmen der Selbstständigen Schule und der 105%igen Lehrerversorgung im Landesdurchschnitt können die Schulen eigene Profile entwickeln und Schwerpunkte bilden. Diese sollen auf die Begabungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler abzielen. Durch die verstärkte Berufsorientierung können regionale Begebenheiten stärker berücksichtigt werden.</p> <p>Die Mittelstufenschule bietet zudem auch Realschulen die Möglichkeiten der Weiterentwicklung und der stärkeren Verzahnung mit Hauptschule und beruflichen Schulen.</p>	<p>Auf die Antwort zu Frage 3.1 wird verwiesen.</p> <p>Ergänzend hält es die SPD-Fraktion für erforderlich, in allen Schulformen – so auch in der Realschule – die Berufsorientierung zu erhöhen ohne dabei den allgemeinen Bildungsanspruch aus dem Auge zu verlieren.</p>	<p>Die Realschulen haben sich in den vergangenen Jahren sehr stabil entwickelt. Mit einer echten 105% Lehrerversorgung und einer Ausweitung der Lehrerzuweisung nach Sozialindex wollen wir alle Schulen – also auch die Realschulen – in die Lage versetzen, mehr und bessere Angebote zur individuellen Förderung machen zu können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, einen Teil der Stellen in Geld umzuwandeln, um daraus beispielsweise Schulsozialarbeit finanzieren zu können. Auch das Konzept unserer Landtagsfraktion zum Übergang Schule/Beruf wird die Attraktivität der Realschulen weiter stärken (siehe auch Antwort auf Frage 2.2)</p>	<p>s. o.</p>

3.3. Rechnen Sie durch die partielle Wiedereinführung von G9 mit einem signifikanten Rückgang der Anmeldungen im Realschulzweig?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Realschüler haben andere Qualifikationen, Begabungen und Vorstellungen als Gymnasiasten und umgekehrt. Es ist daher nicht damit zu rechnen, dass die Einführung der Wahlfreiheit für Gymnasien zwischen G8 und G9 zu einem signifikanten Rückgang der Anmeldungen im Realschulzweig führen wird, zumal auch nach der Einführung der Wahlfreiheit für Kooperative Gesamtschulen im Jahr 2008 kein merklicher Rückgang im Folgejahr zu verzeichnen war.</p>	<p>Unseres Erachtens wird sich die Wiedereinführung von G9 nicht auf die Anmeldungen auswirken.</p>	<p>Nein.</p>	<p>Das ist durchaus denkbar, da sich einige Eltern in den vergangenen Jahren für die Realschulen mit anschließendem Wechsel in die gymnasiale Oberstufe entschieden haben, um für ihre Kinder mehr Zeit zum Lernen und zur Förderung zu haben. Wie groß dieser Effekt ist, lässt sich jedoch schwer vorhersagen.</p>	<p>Nein (Weiter zu den Fragenkomplexen 2 und 3):</p> <p>Das beigefügte Schulkonzept der LINKEN in Hessen basiert auf der Vorstellung, eine „Schule für Alle“ zu etablieren, d.h. die einzelnen Schulformen wie Hauptschule, Realschule und Gymnasium gehen in einer Schulform auf. Diese unterrichtet Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam. Kinder werden nicht nach der vierten Klasse selektiert und in verschiedene Schulformen aufgeteilt. Somit entfällt die Frage nach einer Erhöhung der Akzeptanz und Attraktivität bestimmter Schulformen. Ebenso entfällt die Frage nach Berufschancen, die durch die besuchte Schulform gemindert oder gesteigert werden.</p> <p>DIE LINKE fordert die Schule für Alle. Bildungseinrichtungen dürfen nicht auslesen, abschulen oder sitzen bleiben lassen. Ziffernoten müssen durch individuelle Rückmeldungen abgelöst werden. Das auf ständige Auslese angelegte und bestehende mehrgliedrige deutsche Bildungs- und insbesondere Schulsystem mit Förder-, Haupt-, Real-, H+R-Schulen, Mittelstufenschulen, kooperativen und integrierten Gesamtschulen, Gymnasien, usw. vermittelt diese Freude am Lernen nicht, sondern v.a. die Angst vor Versagen und Abstieg, indem es eine bewusste „Bildungsauslese“ produziert.</p> <p>Keine Schülerin und kein Schüler darf aufgrund ihrer oder seiner sozialen, familiären, finanziellen oder religiösen Herkunft oder einer Beeinträchtigung benachteiligt werden. Bildung ist ein Menschenrecht!</p> <p>Damit die finanziellen Aspekte keinen Einfluss auf die Bildungschancen nehmen, muss eine umfassende Lernmittelfreiheit sowie ein gebührenfreies Mittagessen im hessischen Schulgesetz garantiert werden.</p> <p>Die Schule für Alle ist eine inklusive Schule, die jedes Kind, egal mit welchem Krankheitsbild oder welcher Herkunft, aufnimmt. Exklusion kann nur durch vollständige Inklusion überwunden werden. Dafür werden natürlich Ressourcen benötigt! Und an diesen darf nicht gespart werden. Schulen müssen sachlich, räumlich und personell bedarfsgerecht ausgestattet sein. Ohne zusätzliche Ressourcen, die im Haushalt verankert sein müssen, wird es kein inklusives Schulsystem geben.</p>

				<p>Schulbildung braucht eine andere Ausgangsperspektive. Sie muss von dem Kind ausgehen – und zwar von jedem einzelnen. Jeder Mensch ist anders – somit hat auch jeder Mensch seine individuellen Stärken und Schwächen, auf denen aufgebaut wird, ein individuelles Lerntempo und auch individuelle Fähigkeiten, die individuell gefördert werden müssen.</p> <p>In einem inklusiven Schulsystem müssen die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes berücksichtigt werden. Das bedeutet sowohl eine bedarfsgerechte sachliche, räumliche und personelle Ausstattung als auch eine Abkehr von dem bisherigen Ziffernotensystem und der Praxis des Sitzenbleibens und Abschulens. Im personellen Bereich müssen neben Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern auch schulpsychologisches sowie Pflegepersonal zu dem Lehrpersonal hinzukommen.</p>
--	--	--	--	---

4. Gymnasium

4.1. Viele Kinder werden noch langfristig nach G8 beschult. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um G8 zu optimieren? Wo sehen Sie Nachbesserungsbedarf bei G8?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Mit dem am 14. Dezember 2012 durch den Hessischen Landtag verabschiedeten Änderungsgesetz zum Hessischen Schulgesetz wurde auf Initiative von Ministerpräsident Volker Bouffier auch den Gymnasien in Hessen die Möglichkeit eröffnet, zwischen einer fünfjährigen und einer sechsjährigen Organisation der Mittelstufe zu wählen.</p> <p>Die achtjährige Gymnasialdauer wird mit Verweis auf die internationalen Standards, die erhöhten Zukunftschancen und die verbesserten beruflichen Perspektiven auch weiterhin von einigen Eltern als eine vorteilhafte Option erachtet. Zugleich wünschen sich die Betroffenen jedoch eine Entlastung des Schulalltages und größere Freiräume für die Schülerinnen und Schüler.</p> <p>Zur Weiterentwicklung des verkürzten Bildungsganges hat die Landesregierung daher eine Reihe flankierender Maßnahmen erarbeitet. So wurden im Vergleich zu den früheren Lehrplänen nur noch deutlich reduzierte Kerninhalte verbindlich festgelegt. Dies schafft umfassende Gestaltungsmöglichkeiten für die einzelnen Schulen, um ein individuelles Schulcurriculum als spezifischen und profilbildenden Lehrplan der jeweiligen Schule zu entwickeln. Die enge Verzahnung von Ganztagsangeboten mit dem Unterricht sowie die entsprechende Anpassung der Hausaufgabenformate haben überdies zum Ziel, dass die Schüler um 16.00 Uhr mit erledigten Hausaufgaben die Schule verlassen können. Der Maßnahmenkatalog schließt ferner eine verbesserte Koordination der von den Schülerinnen und Schülern zu erbringenden Leistungsnachweise ein.</p>	<p>Die FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, die begonnenen Verbesserungen bei G8 konsequent fortzuführen und sich insbesondere für eine verbindliche Weiterentwicklung der neuen Kerncurricula in Schulcurricula einsetzen. Dies dient dem kompetenzorientierten Unterricht und ermöglicht eine stärkere Profilbildung der Schulen. Die Lehrkräfte sind im Rahmen der Lehrerfortbildung dabei zu unterstützen. Eine vom Landesschulamt und der Lehrkräfteakademie organisierte Qualitätsoffensive kann zusätzlich zum Erfolg beitragen. Zusätzliche Beraterinnen und Berater stehen den Schulen zur Seite, um die Maßnahmen auf den Weg zu bringen und Nachbesserungen vorzunehmen.</p>	<p>Die SPD hält es nicht für erfolgversprechend, den verkürzten gymnasialen Bildungsgang (G8) „nachzubessern“. Die Erfahrung aus der Vergangenheit (die „Nachbesserungen“ unter den Kultusministern Banzer, Henzler und Beer) belegen dies auch: die Akzeptanz von G8 ist nicht gestiegen, die Belastung der Kindern nicht in ausreichendem Maße reduziert worden.</p> <p>Deswegen hat sich die SPD auch stets gegen die Schulzeitverkürzung in dieser Form ausgesprochen und tut dies auch weiterhin. Sie steht daher für eine generelle Rückkehr zu einer sechsjährigen Mittelstufe.</p> <p>Auch für die bereits unter G8 beschulten Klassen soll eine Rückkehroption unter Wahrung des verfassungsrechtlich gebotenen Vertrauensschutzes eröffnet werden. Insofern geht die SPD davon aus, dass die Zahl der „noch langfristig nach G8 beschulten“ Kinder nicht sehr hoch und vor allem sehr schnell abnehmend sein wird.</p>	<p>Die Probleme bei G8 rührten daher, dass es grottenschlecht eingeführt wurde. Die Warnungen von Schulen, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern wurden von der Landesregierung schlicht ignoriert. Statt nach Lösungen für die vorhandenen Probleme zu suchen, hat die Landesregierung die Betroffenen beschimpft.</p> <p>Wir haben seit der Einführung von G8 auf eine Überarbeitung der Unterrichtsinhalte gedrängt und die halbherzigen Versuche von Schwarz-Gelb zu einer Reform der Reform kritisiert. Während in den neuen Bundesländern G8 seit Jahren weitgehend problemlos funktioniert, gibt es in Hessen weiterhin erheblichen Änderungsbedarf. Hier wäre es gut, von den neuen Bundesländern zu lernen, sich deren Erfahrungen anzuschauen und dann erneut an eine Überarbeitung der Rahmenbedingungen und der Unterrichtsinhalte von G8 zu gehen.</p>	<p>(Anmerkung: Obwohl auch das Gymnasium in der Schule für Alle aufgeht, möchten wir angesichts der aktuellen Situation an hessischen Gymnasien die Fragen zu G8 beantworten.)</p> <p>DIE LINKE hat G8 von Anfang an abgelehnt. Dementsprechend fordert DIE LINKE eine sofortige und umfassende Rückkehr zu G9 für alle Kinder, auch für die Kinder der derzeitigen fünften und sechsten Klassen. G8 muss nicht nachgebessert, sondern abgeschafft werden. Die derzeitige Belastungssituation der Betroffenen ist eine Konsequenz fataler schwarz-gelber Bildungspolitik. Trotzdem muss natürlich geschaut werden, welche „Optimierungsmöglichkeiten“ es für die betroffenen Schülerinnen und Schüler noch geben kann. Der schon angesprochene hohe und unnötige Leistungsdruck sowie das Fehlen von Freizeit sollten bei diesen Überlegungen im Mittelpunkt stehen. Sicherlich sind auch Gespräche mit Vereinen und sozialen Institutionen notwendig; die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen sowie die Beteiligung in Sportvereinen sind seit Einführung von G8 drastisch zurück gegangen.</p> <p>Wünschenswert ist eine sofortige Rückkehr aller auch bestehenden Klassen zu G9, d.h. auch für diese Schülerinnen und Schüler wird eine sechsjährige Mittelstufe mit dem kommenden Schuljahr eingerichtet. Die Eltern, die ihr Kind weiterhin in G8 beschult haben möchten, können dies dann im Rahmen von G9 tun.</p>

4.2. **G 8 hat zu einem massiven Anstieg der durch Eltern finanzierten Nachhilfe geführt. Eine Umfrage der Landeselternvertretung des Saarlands hat ermittelt, dass 22,3% der G8 Schülerinnen und Schüler kommerzielle Nachhilfe in Anspruch nehmen, von den G9-Schülerinnen und Schüler sind es 13,7%.**

4.2.1. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Ein massiver Anstieg der durch Eltern finanzierten Nachhilfe lässt sich für das Bundesland Hessen nicht durch statistisch zuverlässige Datenerhebungen belegen. Da private Nachhilfeanbieter keiner staatlichen Schulaufsicht unterliegen, können über die Zahl und die Entwicklung der Anbieter auch keine verbindlichen Informationen erteilt werden. Grundsätzlich bleibt es den Eltern zwar unbenommen, die Hilfe privater Nachhilfeanbieter als Ergänzung zum Schulunterricht in Anspruch zu nehmen. Gleichwohl sind private Zusatzangebote auch mit entsprechender Vorsicht genießen, da die verstärkte Wahrnehmung privater Nachhilfe durch die Eltern immer auch mit einer kritischen Reflexion über das Leistungsprofil des Kindes einhergehen sollte.</p>	<p>Unseres Erachtens sollte bei der Schulwahl das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen und keine Schulform und kein Bildungsgang aus ideologischen Gründen gewählt oder gar abgewählt werden.</p> <p>Die Nachhilfeangebote können dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler ihre Leistungen verbessern und Lernerfolge gefestigt werden, jedoch sollte man gerade im Interesse der Kinder und Jugendlichen bewusst die Möglichkeit von Schulvielfalt und Schulwahlfreiheit nutzen.</p>	<p>Diese Entwicklung hält die SPD für besorgniserregend.</p>	<p>Den Anstieg an Nachhilfeleistungen sehen wir kritisch. Natürlich ist es verständlich, dass Eltern außerschulische Nachhilfe in Anspruch zu nehmen, um für ihre Kindern eine bestmögliche Ausbildung zu gewährleisten. Allerdings können sich das bei weitem nicht alle Eltern leisten und außerdem sollte es das Ziel von Bildungspolitik sein, dass unsere Schulen so gut sind, dass Nachhilfe möglichst überflüssig wird.</p>	<p>Diese Entwicklung kann nur als negativ angesehen werden. Nicht nur, dass an diesen Zahlen deutlich wird, wie hoch der Leistungsdruck unter G8 tatsächlich ist, nein, diese Zahlen werfen noch eine weitere Frage auf: Was ist mit den Schülerinnen und Schülern aus finanziell schlecht gestellten Familien, die sich teure Nachhilfe nicht leisten können? Diese werden zwangsläufig aus dem G8-System hinaus geworfen.</p> <p>Hinzu kommt, dass u.E. der Bildungsauftrag eindeutig auf Seiten der Schulen zu verorten ist, aber durch schlechte Rahmenbedingungen nun nach außen getragen wird, sodass sich in den letzten Jahren ein wahrlich boomender Wirtschaftszweig entwickelt hat – nämlich der Nachhilfesektor.</p>

4.2.2. Worauf führen sie diese Entwicklung zurück?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Die menschlich nachvollziehbare Tendenz der Erziehungsberechtigten, ihre Kinder auf eine Schulform mit höheren Leistungsanforderungen zu schicken und potentielle Defizite durch private Nachhilfeangebote kompensieren zu wollen, übersieht bisweilen die Option des Besuches einer möglicherweise leistungsadäquateren Haupt- und Realschule.</p>	<p>-----</p>	<p>Die SPD führt diese Entwicklung auf die völlig verfehlte Schulzeitverkürzung in der Mittelstufe und dem damit verbundenen Druck auf die Schülerinnen und Schüler zurück.</p>	<p>Siehe unsere Antwort zu Frage 4.1</p>	<p>Auf die grotesk hohen Leistungsanforderungen, die durch die Verdichtung des Unterrichtstoffes an die Kinder und Jugendlichen heran getragen werden. Dazu muss auch gesagt werden, dass Schülerinnen und Schüler einheitlich berichten, nicht mehr nachhaltig zu lernen, sonder lediglich auswendig lernen, um Tests und Klassenarbeiten zu bestehen. Den Stoff, den sie gelernt haben, vergessen sie jedoch danach wieder, wofür der Begriff des Bulimielernens gefunden wurde. Auch dies ist und darf nicht Sinn von Schulbildung sein. Des Weiteren beklagen die Betroffenen, selbst nach Schulschluss noch sehr viel Zeit für den Schulstoff investieren zu müssen, sei es durch die Erledigung von Hausaufgaben, durch das eben erwähnte Auswendiglernen oder halt durch Nachhilfe.</p>

4.2.3. Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
----	<p>Es ist im Interesse der Kinder und Jugendlichen die Schulwahlfreiheit vor dem Hintergrund der jeweiligen Begabungen und Fähigkeiten auszuschöpfen. Eine herbeigere-dete Wertigkeit des Abiturs ist kontraproduktiv und entspricht nicht den Tatsachen. Aufgrund der einheitlichen Abschlussprüfungen ist das Abitur nach dem Bildungsgang G8 gleichwertig mit dem nach G9. Wir müssen den Schülerinnen und Schülern durch individuelle Förderung und stärkere Differenzierung die Möglichkeit geben, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten zu entwickeln und sie entsprechend unterstützen.</p>	<p>Wirksam kann dieser Entwicklung nach Überzeugung der SPD nur durch eine grundsätzliche Rückkehr zu einer sechsjährigen Mittelstufe entgegen gewirkt werden.</p>	<p>Neben der Überprüfung der Unterrichtsinhalte treten wir GRÜNE seit Jahren für eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ein. Jede Schülerin und jeder Schüler, der nicht nach 8 sondern nach 9 Jahren Abitur machen möchte, sollte in der Nähe seines Wohnorts auch ein entsprechendes Angebot finden. Die von Schwarz-Gelb auf den Weg gebrachte Wahlfreiheit ist aber so chaotisch und überstürzt vor der Wahl eingeführt, dass sie dazu führen wird, dass nicht alle das Angebot vorfinden werden, was sie sich wünschen. Es wird also eine Situation geben, in der Kinder weiterhin G8-Schulen besuchen müssen, weil es nicht genügend G9-Plätze gibt.</p>	<p>Siehe Antwort zu 4.1. G8 gehört abgeschafft – und zwar hessenweit.</p>

4.3 Wie wollen Sie sicherstellen, dass zukünftig dem Elternwillen Rechnung getragen wird und jedes Kind entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten wunschgemäß nach G8 oder G9 beschult wird?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Im Gegensatz zu SPD und Grünen halten wir jedoch auch weiterhin am Elternwahlrecht im Rahmen von Schulfreiheit und Wahlfreiheit fest. Während die von SPD und Grünen gebildeten Landesregierungen den Gymnasien eine Entscheidung zugunsten des von vielen Eltern gewünschten neunjährigen Gymnasiums entweder vollständig verweigern (Schleswig-Holstein) oder im Rahmen von Modellversuchen nur eine verschwindend geringe Zahl an G9-Gymnasien zulassen (Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen), stellt die CDU-geführte Landesregierung in Hessen die Entscheidung über G8 oder G9 dem ausschließlichen Ermessen der aus Schulleitung, Lehrern, Eltern- und Schülervertretung zusammengesetzten Schulkonferenz anheim. Mit dieser Entscheidung, den beteiligten Akteuren die Freiheit zur selbständigen Wahl des achtjährigen oder neunjährigen Weges zum Abitur einzuräumen, nimmt die CDU-geführte Landesregierung in Hessen eine bundesweite Führungsrolle in der Ausweitung von Elternrechten und der Gewährung schulischer Wahlfreiheiten ein. Dies unterscheidet das hessische Modell zugleich maßgeblich von den ideologisch motivierten Vorstellungen der rot-rot-grünen Opposition und deren Forderung nach Abschaffung der Gymnasien und Errichtung von Einheitsschulen.</p>	<p>Eine liberale Bildungspolitik wendet sich gegen die Bevormundung der Eltern und wird auch zukünftig die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 im gymnasialen Bildungsgang an unseren Schulen gewährleisten. Allerdings muss für eine wirkliche Wahlfreiheit auch weiterhin ein flächendeckendes G8-Angebot für Eltern in Hessen gewährleistet bleiben. Welche Schulen G8 und welche G9 anbieten, sollte sich nach dem Bedarf in der Region richten. Der Bildungsgang G8 ist entgegen allen Unkenrufen nicht gescheitert und darf nicht ideologisch motiviert abgeschafft werden. Er bietet den Schülerinnen und Schülern die Chance, wie in anderen Bundesländern und in Europa üblich, die Schule früher abzuschließen und nicht länger Wettbewerbsnachteilen im nationalen und internationalen Vergleich ausgesetzt zu sein.</p>	<p>Die SPD will dem erklärten Elternwillen durch eine generelle Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe Rechnung tragen. Aus unterschiedlichen Umfragen geht übereinstimmend hervor, dass sich rund 90 Prozent der Eltern dies so für ihre Kinder wünschen. Dies ist der klare Rahmen, in dem sich schulische Bildungsprozesse orientieren können und in dem auch die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und Schularten sicher gestellt werden kann.</p> <p>Innerhalb dieses Rahmens sieht die SPD mit der Schuleingangsstufe (Klasse 1 und 2) sowie einer neu organisierten Oberstufe flexible Phase vor, die von den Kindern und Jugendlichen in unterschiedlicher Dauer durchlaufen werden können – die Schuleingangsstufe beispielsweise in 1, 2 oder 3 Jahren. Auf diese Weise kann die Schulverweildauer individuell an der Entwicklung des Kindes orientiert gestaltet werden. Im Übrigen bleibt beispielsweise die Möglichkeit, eine Jahrgangsstufe zu überspringen, erhalten.</p>	<p>Die GRÜNEN halten es für richtig, dass Eltern wählen können, ob ihre Kinder G8- oder G9-Schulen besuchen. Wir stehen seit Jahren verlässlich für diese Wahlfreiheit. Auf Grundlage eines Gesetzentwurfs von uns können die Kooperativen Gesamtschulen bereits seit 2008 zu G9 zurückkehren.</p> <p>Um eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 zu realisieren, reicht aber eine bloße Änderung des Schulgesetzes allein nicht aus. Die Landesregierung muss auch für ein ausreichendes Angebot an G9 sorgen, damit alle Schülerinnen und Schüler, die G9 wollen, auch die Möglichkeit haben G9 zu besuchen. Wir haben daher in einem Antrag (Landtagsdrucksache 18/6745) regionale Konferenzen vorgeschlagen, bei denen Elternwille und schulisches Angebot in Einklang gebracht werden können. Die Situation, dass Eltern zum Schuljahr 2013/14 G9 für ihr Kind wollen, es aber kein ausreichendes Angebot von G9-Schulen gibt, hätte so vermieden werden können. Wir bedauern, dass die Landesregierung unseren Vorschlag nicht aufgegriffen hat. Jetzt könnte es zu der Situation kommen, dass Schülerinnen und Schüler entgegen dem Elternwunsch zwangsweise G8-Schulen zugewiesen werden. Das hätte dann mit Wahlfreiheit und dem Elternwillen nichts zu tun.</p>	<p>DIE LINKE lehnt diese sogenannte Wahlfreiheit ab. Kinder und Jugendliche brauchen Zeit, sich zu entwickeln. Besonders „begabte“ Kinder hatten und haben die Möglichkeit, eine Klasse zu überspringen und somit die Schulzeit zu verkürzen. Diese Möglichkeit bleibt bestehen, die Regel soll jedoch eine 6-jährige Mittelstufe sein.</p>

5. Medienkompetenz

Die Medienkompetenz ist Teil des Kerncurriculums. Bislang gibt es keine Standards für zentrale Lehrerbildung in der Medienkompetenz.

5.1 Wollen Sie dies ändern?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Der Erwerb von Medienkompetenz ist als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Neben den Eltern stehen dabei freilich auch die Schulen in die Verantwortung, um Kinder und Jugendliche über die Chancen und Gefahren des Medienkonsums aufzuklären und hinreichend zu sensibilisieren. Die Hessische Landesregierung ist sich dieser Aufgabe bewusst und hat den Erwerb von Medienkompetenz daher seit vielen Jahren als integralen Bestandteil des Schulunterrichtes und der Lehrerbildung verankert. Kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung sind in § 6 des Hessischen Schulgesetzes als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgabe der Schule ausdrücklich festgeschrieben.</p>	<p>Wir wollen die Medienkompetenz im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärken. Inwieweit eine Zentralisierung der Ausbildungsinhalte diesem Anliegen zuträglich wäre bleibt abzuwägen. Wir Liberalen vertrauen auf die Hochschulen, die im Bereich der Lehrerbildung tätig sind und sich diesem Thema annehmen. Im Bereich der Weiterbildung wäre zu prüfen, ob eine Schwerpunktsetzung erfolgen könnte.</p> <p>Neben der Vermittlung des technischen Umgangs mit den Medien und den darin liegenden Chancen ist die Information und Aufklärung über Risiken und Gefahren zwingend erforderlich. Internetsucht, die Gefahren sozialer Netzwerke und insbesondere Cybermobbing müssen aufgegriffen und thematisiert werden. Dazu gehören auch die Einbeziehung der Eltern und die fachspezifische Information der Lehrerinnen und Lehrer. Im Sinne dessen ist es notwendig, den Erwerb und die Vermittlung von medienpädagogischer Kompetenz auszubauen. Projekte wie „Soziale Medien für Jugendliche - Schule als Social Network“ geben Denkanstöße, wie Jugendlichen der Umgang mit Sozialen Medien verantwortungsvoll beigebracht werden kann. Vergleichbare Projekte gilt es unseres Erachtens zu fördern.</p>	<p>Medienkompetenz ist ein wichtiger Bestandteil der Lehrerbildung und hier auch curricular abgesichert. Die SPD stimmt aber dahingehend zu, dass die Ausbildungsanteile diesbezüglich gestärkt werden müssen. Insbesondere aber muss das Thema Medienkompetenz und damit verbunden Jugendmedienenschutz in der Fortbildung gestärkt werden.</p>	<p>Die Lehrerbildung sollte noch stärker an den Entwicklungen der modernen Mediengesellschaft orientiert sein. Dazu zählt besonders, dass die Lehrerinnen und Lehrer den Schülerinnen und Schülern einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Medien vermitteln sollen. In diesem Sinne werden wir die Lehrerbildung anpassen.</p>	<p>DIE LINKE begrüßt den Vorschlag, Medienkompetenz als standardisierten Pflichtteil in die Lehrerbildung aufzunehmen.</p>

5.2 Welche Ansätze gibt es, die IT Ausstattung zu vereinheitlichen und damit Chancengleichheit alle Schülerinnen und Schüler zu gewähren?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Die durch die Landesregierung im Jahr 2001 gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag und dem Hessischen Landkreistag errichtete und durch die partnerschaftliche Beteiligung der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände geförderte Medieninitiative Schule@Zukunft sieht neben einer verbesserten ITAusstattung der hessischen Schulen auch die Erarbeitung entsprechender Bausteine in der Lehrerausbildung vor. Die Einrichtung der Fachberatung Medienbildung bei den Staatlichen Schulämtern und der Fortbildungsreihen für Lehrkräfte zur Umsetzung medienpädagogischer Inhalte in der Unterrichtspraxis belegen beispielhaft den hohen Stellenwert, den die Landesregierung der schulischen Förderung von Medienkompetenz zumisst. Im Zeichen des Informations- und Kommunikationszeitalters ist ein Ausbau dieser Aktivitäten auch künftig erforderlich. Die CDU wird daher das Thema "Medienkompetenz junger Menschen" als prüfungsrelevanten Bestandteil in der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung verankern.</p>	<p>Schülerinnen und Schüler sollen die Möglichkeit haben, die IT Ausstattung der Schulen für ihre Arbeit und zum Lernen zu nutzen. Vielerorts gibt es solche Möglichkeit in den Schulbibliotheken oder in separaten Räumen.</p>	<p>Für die IT Ausstattung der Schulen sind die Schulträger zuständig. Diese haben die Ausstattung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu gewährleisten. Aus Sicht der SPD unternehmen die Schulträger an dieser Stelle auch erhebliche Anstrengungen mit der Folge, dass die IT Ausstattung der Schulen in Hessen in den letzten Jahren erheblich verbessert werden konnte. Ein Mangel an vereinbarten Standards kann die SPD nicht erkennen.</p>	<p>Die IT-Ausstattung fällt in die Zuständigkeit der Schulträger. Durch eine Zusammenlegung der Schulbudgets von Land und kommunalen Schulträger wollen wir den Schulen mehr Entscheidungskompetenz und Flexibilität beim Einsatz der Mittel geben.</p>	<p>Die IT-Ausstattung ist nicht einheitlich, viel mehr gibt es gravierende Unterschiede an den einzelnen Schulen. Die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens ist auch an dieser Stelle zu spüren. Sicherlich ist es wünschenswert, allen Schülerinnen und Schülern eine gleiche IT-Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Allerdings ist dies zusammen mit der ständig notwendige Aktualisierung der Soft- und Hardware mit immensen Kosten verbunden. Um nicht nur an dieser Stelle für bestmögliche Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen zu sorgen, muss Bildung generell gut ausfinanziert sein. (Anbei senden wir Ihnen unsere aktuelle Haushaltsbroschüre mit).</p>

5.3 Was halten Sie von der Idee, ein nachhaltiges IT Budget für die hessischen Schulen zu schaffen um somit eine zeitorientierte Ausstattung der Schulen zu erreichen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Durch die verpflichtende Errichtung von Medienzentren wurde zudem bereits allen Schulen die Bereitstellung von audiovisuellen, informations- und kommunikationstechnischen Medien und Hilfsmitteln für den Unterricht sowie die Förderung der Entwicklung der Mediennutzung in der Schule ermöglicht. Infolge der Einführung der Selbständigen Schulen wird den teilnehmenden Schulen überdies ein Kleines Schulbudget zugewiesen, das bei voller Deckungsfähigkeit der vier Teilbudgets neben den Lern-, Vertretungs- und Fortbildungsmitteln auch das IT-Budget einschließt. Die Schulen erhalten dadurch weitreichende Handlungs- und Gestaltungsspielräume zur selbständigen Organisation und Ausgestaltung ihrer IT-Ausstattung. Fast zwei Drittel aller hessischen Schulen haben mittlerweile das Angebot zur Bewirtschaftung eines Kleinen Schulbudgets angenommen. Dafür stehen ihnen in diesem Jahr samt Rücklagen rund 50 Mio. Euro zur Verfügung. Auf der Grundlage dieser beträchtlichen Mittelzuweisung können die Schulen als die mit den örtlichen Strukturen am besten vertrauten Entscheidungsträger selbständig entscheiden, welche IT-Ausstattung den Bedürfnissen und der individuellen Profil- und Schwerpunktbildung der Schule am besten gerecht wird und in welchem Verhältnis digitale und analoge Unterrichtsmaterialien zueinander stehen sollen.</p>	<p>Die IT-Mittel können im Rahmen des kleinen Budgets von den Schulen selbst verwaltet werden. Es ist angesichts der Haushaltsplanung und der fiskalischen Entwicklung nicht möglich eine zeitorientierte Ausstattung für alle Schulen zu ermöglichen.</p>	<p>Die Idee ist sicherlich charmant und die SPD ist bereit, mit den kommunalen Schulträgern, die für die IT-Ausstattung zuständig sind, hierüber ins Gespräch zu kommen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5.2 verwiesen.</p>	<p>Die Zuweisung der Mittel für die IT-Ausstattung durch den Schulträger sollte so erfolgen, dass damit auch die Folgekosten von Investitionen und ggf. notwendige Reparaturen beglichen werden können. Schließlich bringt die Anschaffung von Geräten wenig, wenn sie anschließend nicht gewartet und funktionsfähig gehalten werden.</p>	<p>Es wäre zu klären, wie ein nachhaltiges Budget aussehen soll und in welcher Höhe es anzusiedeln sei. Im Ansatz begrüßt DIE LINKE diesen Vorschlag.</p>

6. Internationaler und nationaler Bildungsvergleich

Laut dem jüngsten OECD-Bildungsbericht erreichen 22 Prozent der jungen Menschen in der Bundesrepublik nicht das Bildungsniveau ihrer Eltern. Nur 20 Prozent der Jüngeren schaffen einen höheren Bildungsabschluss, als ihn Vater oder Mutter besitzen. Im Schnitt der anderen wichtigen Industrienationen sind dies dagegen 37 Prozent. Davon ausgehend, dass die Datenlage in Hessen vergleichbar ist:

6.1 Worauf führen Sie dies zurück?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Da die OECD-Vergleiche von Akademikerquoten im internationalen Kontext regelmäßig die Besonderheiten des dualen Ausbildungssystems in Deutschland unberücksichtigt lassen, ist die zugrundeliegende Datengrundlage methodisch grundsätzlich fragwürdig. So hat das Bundesinstitut für Berufsbildung darauf verwiesen, dass Absolventen anerkannter Fortbildungsprüfungen wie Fachwirte und Meisterschüler nicht in den Berechnungen berücksichtigt seien. Auch das IW Köln hat die Aussagekraft der OECD-Studien mit Blick auf das duale System und die geringeren Anforderungen für Studienanfänger in anderen Staaten deutlich relativiert.</p>	-----	<p>Laut dem jüngsten OECD-Bildungsbericht erreichen 22 Prozent der jungen Menschen in der Bundesrepublik nicht das Bildungsniveau ihrer Eltern. Nur 20 Prozent der Jüngeren schaffen einen höheren Bildungsabschluss, als ihn Vater oder Mutter besitzen. Im Schnitt der anderen wichtigen Industrienationen sind dies dagegen 37 Prozent. Davon ausgehend, dass die Datenlage in Hessen vergleichbar ist:</p> <p>Zum einen muss man natürlich anerkennen, dass das Bildungsniveau in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angestiegen ist. Insofern ist es auch sachlogisch, dass es zunehmend schwerer wird, das Bildungsniveau insgesamt zu halten und weiter zu verbessern.</p> <p>Die Tatsache allerdings, dass das Bildungsniveau im besten Falle als stagnierend ist bezeichnen ist zeigt, dass die Landesregierung in den letzten fast 15 Jahren unter der Führung der CDU keine strukturellen Verbesserungen geschaffen hat. Dies ist also auf eine verfehlte Bildungspolitik der Regierung zurück zu führen, die mehr als Selektion und Druck und weniger auf individuelle Förderung der Kinder zurückzuführen ist.</p>	<p>Bildung ist nach wie vor zu sehr abhängig von der sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Zudem hat in den vergangenen Jahren bei jungen Menschen die Hoffnung nachgelassen, dass Aufstieg durch Bildung möglich ist. Dies ist aus unserer Sicht eine fatale Entwicklung. Unserer Gesellschaft und unserem Bildungswesen muss es besser gelingen, jungen Menschen eine Perspektive zu eröffnen und sie nicht schon in jungen Jahren zu frustrieren.</p>	<p>Dieser Vergleich ist schwierig, da geschaut werden muss, welche Abschlüsse die genannten Eltern haben – und welche Abschlüsse dann erlangt werden müssen, um einen höheren vorzuweisen. Fakt ist, dass die Anzahl der erlangten Hochschulreife und auch die Studierendenzahl in Deutschland gestiegen sind. Fakt ist jedoch auch, dass sich der Akademikeranteil in den letzten Jahrzehnten kaum erhöht hat.</p> <p>Deutschland gehört zu den Staaten (im Industrienationenvergleich), die mit am wenigsten für Bildung ausgeben (gemessen am BIP). Zudem sorgt das hochgradig selektive Schulsystem für eine immense Benachteiligung von Kindern aus sozial und finanziell schwächer gestellten Familien. Auch die viel zu geringen Bemühungen, sowohl Ausbildung als auch Beruf familienfreundlich zu gestalten, tragen zu dieser Akademikerquote bei.</p>

6.2 Was wollen Sie dagegen unternehmen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Ungeachtet der statistischen Zerrbilder ist unsere Gesellschaft jedoch auch in grundsätzlicher Hinsicht gut beraten, sich von der einseitigen Fixierung auf die Erhöhung der Abiturienten- und Studierendenquoten zu lösen und die unerträgliche Diffamierung der als Leistungsträger unserer Gesellschaft wirkenden Haupt-, Real- und Berufsschüler zu beenden. Soziale Aufstiegsmöglichkeiten und Chancengleichheit resultieren nicht aus einem pro forma absolvierten Universitätsstudium, sondern aus beruflichen Perspektiven und dem Erwerb der dafür erforderlichen Qualifikationen. Die Zielsetzung einer möglichst 100-prozentigen Abiturienten- und Studierquote ist daher allenfalls für die Befürworter von Einheitsschulen, die alle anderen Bildungsabschlüsse abzuschaffen und das Schulsystem vollständig zu nivellieren gedenken, von Relevanz. Auch die genannten OECD-Studien beruhen in diesem Sinne auf der absurden Annahme, wonach eine möglichst hohe Abiturienten- und Studierendenquote zugleich mit einem guten Bildungssystem sowie mit Karrierechancen und Lebensperspektiven für die Schülerinnen und Schüler gleichzusetzen sei. Der Anstieg von Soziologen und Ethnologen mag daher die OECD befriedigen, verbessert jedoch gewiss nicht die beruflichen Aussichten und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten der betroffenen Schülerinnen und Schüler.</p>	<p>Für die FDP ist Bildung ein zentrales Bürgerrecht, um den Kinder und Jugendlichen einen guten Start zu ermöglichen. Chancengerechtigkeit gehört zu den Grundsätzen liberaler Bildungspolitik. Durch die Stärkung einer individuellen Förderung, orientiert an den Begabungen und Fähigkeiten der einzelnen Schüler, kann diese gewahrt und verbessert werden. Zudem ist es notwendig, dass die Förderung nicht erst in der Schule beginnt, sondern insbesondere eine gezielte Sprachförderung bereits im Kindergarten erfolgt.</p>	<p>Wir brauchen einen so genannten Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik: das Kind muss im Mittelpunkt von Bildungsprozessen stehen und nicht die Fragen von Schulformen und Schubladenbildungen. Kinder müssen in ihrer Individualität angenommen und wertgeschätzt werden. Selektion, Beschämung der Kinder durch Leistungsdruck und Schulversagen muss beendet werden. Die Voraussetzungen dafür will die SPD durch die in ihrem Bildungskonzept „Haus der Bildung“ nieder gelegten Bausteine, die hier nicht im Einzelnen ausgeführt werden können, erreichen.</p> <p>Kern dieses Bildungskonzepts ist es, Kinder individuell und gemeinsam in ganztägig arbeitenden Schulen zu fördern mit multiprofessionellen Teams zu fördern.</p> <p>Nach jüngsten Schätzungen der OECD werden voraussichtlich 42 Prozent aller jungen Menschen in Deutschland im Verlauf ihres Lebens ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule aufnehmen. Im Schnitt der OECD-Staaten liegt die Quote der Studienanfänger im Jahre 2010 bei 62 Prozent.</p>	<p>Um die Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu beenden brauchen wir mehr individuelle Förderung. Dazu wollen wir u.a. folgende Maßnahmen umsetzen: Eine echte 105%-Lehrerversorgung und die Lehrerverweisung nach dem Sozialindex schaffen Freiräume für zusätzliche Förderangebote. Der Ausbau von Ganztagschulen ermöglicht mehr Zeit für individuelleres Lernen. Zusätzlich sehen wir eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe und den Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Beteiligungspaket des Bundes vor. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wollen wir durch eine gezielte Förderung besser unterstützen und Sprachkompetenz – sowohl in der Herkunftssprache als auch in Deutsch – systematisch fördern. Die frühkindliche Bildung wollen wir ausbauen und verbessern sowie Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken. Die Grundschulen müssen gestärkt und ein solides Fundament für den weiteren Bildungsweg gelegt werden. Das Angebot von längerem gemeinsames Lernen kann zusätzlich einen Beitrag zu mehr Förderung und Qualität an unseren Schulen leisten.</p>	<p>DIE LINKE will das mehrgliedrige und selektierende Schulsystem in einem Phasenmodell überwinden, um so für eine gerechte und jedem Kind gleichermaßen zugängliche Bildungslandschaft zu sorgen. Zudem muss Bildung endlich gut ausfinanziert werden. Außerdem müssen Studium und Arbeit tatsächlich mit Familie vereinbar gemacht werden.</p>

Nach jüngsten Schätzungen der OECD werden voraussichtlich 42 Prozent aller jungen Menschen in Deutschland im Verlauf ihres Lebens ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule aufnehmen. Im Schnitt der OECD-Staaten liegt die Quote der Studienanfänger im Jahre 2010 bei 62 Prozent.

6.3 Worauf führen Sie dies zurück?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Die zurückliegende Wirtschaftskrise hat nachdrücklich gezeigt, dass nicht künstlich aufgeblähte Studierendenquoten, sondern die anspruchsvolle Ausbildung in den beruflichen Schulen und den Ausbildungsbetrieben das Fundament für die Fachkräftesicherung in Wirtschaft, Industrie und Handwerk und damit für den Wohlstand unseres Landes legen. Auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, hat in diesem Sinne einen „Quotenfetischismus“ und „Studierquotenwahn“ der OECD kritisiert, der völlig übersehe, dass gerade das sozial sei „was junge Leute in Lohn und Brot bringt und nicht das, was Berechtigungen anstelle von Befähigungen vermittelt“ (Presseerklärung des Deutschen Lehrerverbandes vom 12. September 2012).</p>	<p>Das Bildungssystem von Deutschland ist aufgrund des guten dualen Ausbildungssystems nicht ohne Weiteres mit den anderen Staaten vergleichbar, so dass die Daten nicht eins zu eins übertragen werden können. Die duale Ausbildung ist ein bewährter Grundpfeiler unseres Bildungssystems und darüber hinaus ein international geschätztes Modell.</p>	<p>Auch unter Berücksichtigung bestimmter statistischer Effekte kann für Deutschland in der Tat gesagt werden, dass die Studienanfängerquote relative niedrig ist. Dies ist einerseits auf ein vergleichsweise gutes System der betrieblichen Ausbildung zurück zu führen. Das ist der positive Teil.</p> <p>Der andere Teil ist eine Unterfinanzierung der Hochschulen und damit verbunden auch ein Mangel an Studienplätzen in Hessen – von den Studienbedingungen nicht zu reden. Immer mehr Studiengänge in Hessen müssen Zulassungsbeschränkungen einführen, weil die Bewerberzahl die Zahl der Studienplätze weit überschreitet.</p>	<p>Der Zugang zu Hochschulen wird in Deutschland einerseits formal durch die Hochschulzugangsberechtigung, andererseits durch wirtschaftliche und soziale Schranken begrenzt. Während immer mehr Schülerinnen und Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und die Studierneigung auch in bildungsfernen Schichten zunimmt, möchte die Landesregierung den Zugang zu Hochschulen stärker begrenzen. So erklärte Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann im Juli 2012, dass die Landesregierung die Studierquote langfristig auf 45 v.H. begrenzen wolle. Um den Hochschulzugang aktiv zu begrenzen, können die Universitäten über NCs den Zugang limitieren, wenn es zu wenige Kapazitäten gibt. Hinzu kommen limitierende soziale Faktoren wie: fehlende Kinderbetreuungsangebote, fehlende finanzielle Unterstützung der Studierenden oder teurer Wohnraum.</p>	<p>Siehe Antwort zur Frage 6.1</p>

6.4 Was wollen Sie dagegen unternehmen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>In ihrer substanzlosen und ideologisch fundierten Kritik am deutschen Bildungssystem übersieht die OECD beispielsweise, dass Deutschland im Untersuchungszeitraum quer durch alle Bildungsabschlüsse als einziges Land unter den OECD-Industriestaaten eine sinkende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte. Das OECD-Musterland Spanien hat mit seiner hochgelobten Jungakademikerquote von 38 Prozent auch eine Jugendarbeitslosenquote von 52,9 Prozent, wohingegen den 26 Prozent Jungakademikern in Deutschland lediglich acht Prozent Jugendarbeitslosigkeit gegenüberstehen – als Christdemokraten ziehen wir daher auch künftig das bewährte deutsche Modell ausdrücklich vor.</p>	<p>Die Durchlässigkeit des Bildungssystems muss erhalten und gegebenenfalls verbessert werden. Für uns gilt, dass es keinen Abschluss ohne Anschluss geben soll. Vor diesem Hintergrund ist anzustreben, dass Absolventen auch im Rahmen des Lebenslangen Lernens ein Hochschul- und/oder Weiterbildungsstudium absolvieren können.</p> <p>Hessen schneidet bei Ländervergleichstests maximal durchschnittlich ab (Platz 12 für Viertklässler Quelle: IQB Ländervergleich 2011, Platz 10 lt. Institut der deutschen Wirtschaft im "Bildungsmonitor 2012").</p> <p>Die Veränderungen im Schulsystem, die durch den Ressourcenaufwuchs, durch eine verstärkte individuelle Förderung sowie eine Qualitätsoffensive in der Bildungspolitik getroffen wurden, wirken sich nicht direkt und sofort auf die Ergebnisse in den Bildungsstudien aus. Die Auswirkungen werden erst in der Folgezeit zu erkennen sein. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterrichten und zu fördern und nicht immer den Blick auf Studien zu richten, denn das Wohl des Kindes steht bei uns im Vordergrund. Die Entwicklung der letzten Jahre macht zudem deutlich, dass sich die wissenschaftliche Bewertung des hessischen Bildungssystems weiterhin verbessert hat. Dies wird auch deutlich an den Ergebnissen der einheitlichen Abschlussprüfungen.</p>	<p>Die SPD wird die Bildungsgänge der Sekundarstufe II des beruflichen und allgemeinen Schulwesens weiter stärken, um allen Kindern und Jugendlichen, die dies wollen und können, den Zugang hierzu zu ermöglichen.</p> <p>Ferner wird die SPD die Hochschulfinanzierung verbessern, um allen studierwilligen jungen Menschen auch einen Studienplatz anbieten zu können. Unterstützende Maßnahmen wie die Anpassung der Ausbildungsförderung sowie der Ausbau von studentischem Wohnraum wird die SPD voran bringen.</p>	<p>Wir Grüne haben das Ziel den Hochschulzugang zu öffnen, damit mehr Studierende an die Hochschulen gelangen können und das Bildungssystem ein Stück gerechter gestaltet wird. Dazu hat die GRÜNE Landtagsfraktion in dem Konzept „Hochschulpolitik für Hessen“ (http://gruenlink.de/ddb) einige Maßnahmen aufgeführt:</p> <p>So sollen berufserfahrene Menschen ohne Abitur einen leichteren Zugang zur Hochschule haben und wir werden die Zahl der Studienplätze ab 2014 aufwachsend zusätzlich um 15.000 erhöhen.</p> <p>Jenseits der formalen Zugangsvoraussetzungen spielen soziale Voraussetzungen eine wichtige Rolle, ob Menschen ein Studium aufnehmen oder nicht. Daher ist die Vereinbarkeit von Studium und Familie zu verbessern, das Teilzeitstudium zu erleichtern und bezahlbarer Wohnraum für Studenten zu schaffen.</p> <p>Gerade für bildungsferne Schichten bedeutet die Aufnahme eines Studiums eine hohe Hürde.</p> <p>Um diese Hürde abzusenken und um den Studienstart für alle Beteiligten so problemlos wie möglich zu gestalten ist ein Mentoringprogramm notwendig, dass in den ersten Semestern die Anfänger begleitet. Dies kann einerseits die Studierneigung von bildungsfernen Schichten steigern und andererseits die Abbrecherquote insgesamt senken.</p>	<p>Siehe Antwort zur Frage 6.2</p>

Hessen schneidet bei Ländervergleichstests maximal durchschnittlich ab (Platz 12 für Viertklässler Quelle: IQB Ländervergleich 2011, Platz 10 lt. Institut der deutschen Wirtschaft im "Bildungsmonitor 2012").

6.5 Worauf führen Sie dies zurück?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Dem ritualisierten Alarmismus der OECD entspricht leider auch die inflationäre Vielzahl an innerdeutschen Vergleichsstudien mit zumeist äußerst widersprüchlichen Ergebnissen und Datenerhebungen. So haben nach der Veröffentlichung der IQB-Grundschulstudie sowohl Erziehungswissenschaftler als auch Lehrerergewerkschaften grundsätzliche Kritik am Sinn der fortwährenden Ländervergleiche geäußert.</p>	<p>----</p>	<p>Das angeführte Beispiel erscheint wenig zielführend, weil es tatsächlich so ist, dass in nahezu allen wissenschaftlichen Studien die hessischen Grundschulen durchaus positiv abschneiden.</p> <p>Die meisten Studien weisen darauf hin, dass es zu signifikanten Veränderungen innerhalb der Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe kommt. Hier finden sich erhebliche Leistungspreizungen mit einer großen Gruppe so genannter Risikoschüler und eine im internationalen Vergleich kleine Spitze.</p> <p>Natürlich sind eindimensionale Antworten nicht ausreichend, dennoch kann gesagt werden, dass die SPD dies insbesondere auf eine mangelnde individuelle Förderung der Kinder in einem hochselektiven Schulsystem zurück führt.</p>	<p>Das schlechte Abschneiden von Hessen in den Bildungsstudien sind ständige Belege für das Scheitern der derzeitigen Bildungspolitik. Schwarz-gelb hatte den Bürgerinnen und Bürgern das Bildungsland Nr.1 versprochen, Mittelmaß haben sie bekommen. Die Ergebnisse der Studien stehen immer wieder in schillerndem Kontrast zur Selbstbeweihräucherung der CDU/FDP-Landesregierung in bildungspolitischen Fragen. Der Verweis auf geschaffene Lehrerstellen allein und das überstürzte Handeln kurz vor der Wahl macht eben noch keine gute Bildungspolitik. Man braucht auch Ideen und Konzepte. Diese sind jedoch von der verbrauchten und erschöpften schwarz-gelben Landesregierung leider nicht mehr zu erwarten.</p>	<p>DIE LINKE kritisiert diese Vergleichsarbeiten scharf. Davon abgesehen, dass sie nicht die Lernfortschritte der Schülerinnen und Schüler vergleichbar messen, sondern höchstens als Systemvergleich zu verstehen sind, ist deren Aussagekraft sehr zu hinterfragen.</p> <p>Insbesondere bei den Vergleichsarbeiten in der Grundschule gab es jüngst vehemente Kritik von Seiten der Grundschullehrkräfte und der GEW. DIE LINKE teilt die Kritik, dass diese Tests im Widerspruch zu den Anforderungen an inklusive Bildung und zu dem auf Unterstützung basierenden Lernklima in den Grundschulklassen stehen.</p> <p>Der Sinn dieser Test bleibt zudem völlig unklar.</p>

6.6 Welche Maßnahmen lassen sich ergreifen, um das Bildungsniveau in Hessen zu verbessern?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Eine zukunftsweisende Schulpolitik zeichnet sich in den Augen der CDU daher auch künftig nicht durch Schnellschüsse auf der Grundlage effekthaschender Studien aus, sondern durch bewährte, langfristige und durchdachte Konzepte.</p>	<p>-----</p>	<p>Auf die Antwort zu Frage 6.2 wird verwiesen.</p>	<p>Die GRÜNEN haben für die nötigen Verbesserungen schon zahlreiche Vorschläge vorgelegt. Einige Beispiele: Die Schulen brauchen vor allem Zeit und Mittel für mehr individuelle Förderung. Deshalb wollen wir eine echte 105%-Lehrerversorgung und eine Ausweitung der Lehrerzuweisung nach Sozialindex. Im Bereich der Grundschulen wollen wir den flexiblen Schulanfang einführen. Dabei werden die ersten beiden Jahrgangsstufen zu einer pädagogischen Einheit verbunden, die je nach Entwicklungsstand des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann. Das ist eine entscheidende Reform, um ungleiche Startbedingungen aufgrund des Elternhauses auszugleichen. Mit einer Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschulkinder wollen wir die Grundschule zusätzlich stärken. Unser Konzept sieht vor, dass es an jeder Grundschule ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30 bis 17:00 Uhr gibt. Selbstverständlich entscheiden die Eltern selbst, ob und wie lange sie ihr Kind über die Unterrichtszeit der Grundschule hinaus betreuen lassen wollen. Wir sind außerdem der Meinung, dass durch das Angebot von längerem gemeinsamen Lernen in den weiterführenden Schulen das Bildungsniveau verbessert werden kann. Daher hat die grüne Landtagsfraktion in ihrem Konzept „Neue Schule“ (http://gruenlink.de/2qn) konkrete Vorschläge gemacht, wie das schulische Angebot inhaltlich und qualitativ weiterentwickelt werden kann.</p>	<p>Individuelle Förderung eines jeden Kindes muss im Vordergrund stehen. Die Bemühungen, homogene Lerngruppen zu erzeugen, widersprechen dem. DIE LINKE fordert eine Schule, in der alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Alle Kinder! Ausgangspunkt muss das einzelne Kind sein – Kinder lernen gemeinsam, aber nicht immer das gleiche. Nur wenn vom einzelnen Kind ausgegangen wird, kann eine individuelle Förderung gemäß den Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnissen stattfinden.</p>

7. Schulsozialarbeit

7.1 Welchem Stellenwert messen Sie der Schulsozialarbeit zu?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Als begleitende Maßnahme zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern sowie zur Unterstützung der pädagogischen und erzieherischen Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer sind Angebote zur Schulsozialarbeit an den hessischen Schulen künftig in zunehmendem Maße erforderlich. Im Rahmen der aufsuchenden Elternarbeit können Schulsozialarbeiter den Kontakt zu den Elternhäusern von Schülerinnen und Schülern aus Problemfamilien herstellen und als persönliche Ansprechpartner und Kontaktpersonen eine entsprechende Betreuung gewährleisten.</p>	<p>Veränderte Lebenswelten von Schülerinnen und Schülern und damit einhergehende individuelle Problemlagen machen vermehrt Angebote der Schulsozialarbeit erforderlich. Mit der 105-prozentigen Lehrerzuweisung arbeiten selbstständiger werdende Schulen zunehmend auch interdisziplinär und können nach Bedarf und unabhängig von der Schulform ihre multiprofessionellen Teams durch Schulsozialarbeiter ergänzen. In Kooperation mit dem Jugendhilfeträger muss ein abgestimmtes Unterstützungsangebot gewährleistet werden.</p>	<p>Die SPD misst der Schulsozialarbeit eine hohe Bedeutung bei.</p>	<p>Die GRÜNEN messen der Schulsozialarbeit einen sehr hohen Stellenwert zu. Sie unterstützt die Lehrerinnen und Lehrer bei deren Aufgabe der Bildung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler. Schulsozialarbeit kann dazu beitragen, gerade an Schulen mit schwierigerem sozialem Umfeld Probleme abzufedern. Wir streben den Erhalt und den Ausbau der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Beteiligungspaket des Bundes an und wollen, dass Mittel aus der 105%-Lehrerversorgung auch für Schulsozialarbeit verwendet werden können.</p>	<p>In der Schule für Alle hat die Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle. DIE LINKE will mittelfristig alle Schulen mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie anderem Förderpersonal ausstatten. In den Bildungseinrichtungen sollen sich Kinder und Jugendliche ihrer persönlichen Stärken und Fähigkeiten bewusst werden, sie sollen sich bilden und sozial entwickeln können und somit soziale Barrieren überwinden.</p>

7.2 Befürworten Sie eine Ausweitung der Schulsozialarbeit auf den Grundschulbereich?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
Der konkrete Einsatz von Schulsozialarbeitern vor Ort soll dabei allerdings nicht nach dem Gießkannenprinzip oder in Abhängigkeit von einer bestimmten Schulform erfolgen, sondern ist von einer Feststellung des tatsächlichen Bedarfs an den jeweiligen Schulen abhängig zu machen.	Wenn der Bedarf vor Ort besteht, dann steht dem Einsatz von Schulsozialarbeit im Grundschulbereich nichts entgegen.	Ja.	Prinzipiell ja, dies ist aber abhängig von der Situation der jeweiligen Grundschule. Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, dies je nach Lage vor Ort zu entscheiden.	DIE LINKE plant, flächendeckend alle Schulformen mit dem oben genannten Personal auszustatten. Dies wird in Grundschulen, die alle zu Ganztagschulen werden sollen, unverzüglich umgesetzt.

7.3 Schulsozialarbeit macht keine Ganztagschule, aber Ganztagschule funktioniert nicht ohne Schulsozialarbeit. Treten Sie dafür ein, die Schulträger bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit zu unterstützen? Und wenn ja, wie?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>In der Frage der Finanzierung muss eine Lösung gefunden werden, die der gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen wie auch den finanziellen Handlungsbedingungen im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse gleichermaßen gerecht wird. Zwar fällt die Schulsozialarbeit rechtlich unzweifelhaft in die originäre Zuständigkeit der Landkreise als den Trägern der Sozial- und Jugendhilfe. Auch können die Schulen im Rahmen der erweiterten Selbständigkeit das Große Schulbudget beantragen und durch die freie Verfügungsgewalt über entsprechende Geldmittel einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit vornehmen.</p>	<p>Zunächst ist und bleibt die Finanzierung der Schulsozialarbeit Aufgabe des Schulträgers. Da-ran werden wir festhalten. Jedoch haben die Schulen durch die 105%ige Lehrerversorgung im Landesdurchschnitt und die Implementierung des Sozialindex für Schulen mit besonders schwierigen Situationen die Möglichkeit, Schulsozialarbeiter und Sozialpädagogen zu beschäftigen.</p>	<p>Ja, die SPD setzt sich seit Jahren für eine gemeinsame Finanzierung der Schulsozialarbeit ein. Hierbei streben wir ein Modell der Drittelfinanzierung an: ein Drittel vom Land, ein Drittel vom Schulträger und ein Drittel von der Standortgemeinde der Schule.</p>	<p>Wir wollen die Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sichern und ausbauen. Zusätzlich soll es möglich werden, Teile der 105%-Lehrerversorgung auch für Schulsozialarbeit zu verwenden. Darüber hinaus wird das Land Schulen im Ganztagschulprogramm weiterhin zusätzliche Mittel zuweisen.</p>	<p>Die Schule für Alle ist eine Ganztagschule, die für Schüler- und Lehrerschaft sowie weiteres qualifiziertes Fachpersonal einen verlässlichen zeitlichen und organisatorischen Bezugsrahmen in adäquaten Räumlichkeiten bietet. Dabei werden Vereine und kulturelle Einrichtungen des Gemeinwesens mit einbezogen.</p> <p>Der kommunalen Jugendhilfe kommt hier eine wichtige Funktion zu. Die sozialpädagogischen Angebote und die Beteiligung der Träger der Jugendhilfe sind mit Kita und Schule zu verzahnen und abzustimmen. Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung müssen auf kommunaler und Landesebene aufeinander abgestimmt werden. Zunächst jedoch muss die Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleiches wieder rückgängig gemacht werden.</p>

7.4 Wie soll Schulsozialarbeit zukünftig flächendeckend – auch angesichts der finanziellen Situation der Gemeinden und Landkreise – finanziert bzw. sichergestellt werden? Sehen Sie das Land Hessen in der finanziellen Verantwortung?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Um den finanziellen Aufwand für alle Beteiligten jedoch auch perspektivisch in einem überschaubaren Rahmen zu halten und überhöhte oder unerfüllbare Forderungen von einer Seite zu vermeiden, tritt die CDU Hessen für eine Drittelösung mit der gleichberechtigten Finanzierung des erforderlichen Stellenaufkommens durch Land, Schulträger und Standortkommune ein.</p>	<p>Analog zu Frage 7.3.</p>	<p>Auf die Antwort auf Frage 7.3 wird verwiesen.</p>	<p>Siehe unsere Antwort auf Frage 7.3</p>	<p>Schulen müssen die finanzielle, personelle und sachliche Ausstattung erhalten, die sie für diesen Prozess brauchen. Um dies zu erreichen, müssen die Bildungsausgaben deutlich erhöht werden. Das geht mit einer sozial gerechten Steuerreform einher. Das unsinnige Kooperationsverbot, das die Beteiligung des Bundes an Bildungsaufgaben der Länder verbietet, muss abgeschafft werden.</p> <p>DIE LINKE hat ein Phasenmodell mit Umsetzungsschritten entwickelt. Für die flächendeckende Ausstattung aller Schulen mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie anderem Förderpersonal rechnet DIE LINKE zurzeit mit 424 Millionen Euro.</p>

8. Chancengleichheit

„Ali kommt hier (Gymnasium) nicht rein“ titelte eine überregionale Zeitung.

8.1 Sehen Sie die Chancengleichheit der Kinder gewahrt? Falls nein, wie wollen Sie die Chancengleichheit insbesondere von Kindern mit Migrationshintergrund und von sozial benachteiligten Kindern herstellen bzw. verbessern?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>In ihrer Regierungsverantwortung hat die CDU in Hessen ein im bundesweiten Vergleich extrem durchlässiges und vielfältiges Bildungssystem geschaffen, das Chancengerechtigkeit fördert und allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer sozialen oder regionalen Herkunft eine qualitativ hochwertige und kostenfreie Schulausbildung ermöglicht.</p> <p>Dies spiegelt sich nicht zuletzt in den guten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt wieder: So weist das Bundesland Hessen trotz eines überdurchschnittlich hohen Ausländeranteils von 25 Prozent mit gegenwärtig 5,7 Prozent zugleich eine der niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten in ganz Deutschland aus. Zu diesen guten Werten hat unter anderem auch das erfolgreiche Bemühen der CDUgeführten Landesregierung beigetragen, den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss in Hessen an Schulentlassenen insgesamt in den letzten zehn Jahren von 6,7 auf heute 2,7 Prozent zu reduzieren.</p> <p>Mit der Einführung eines Sozialindex hat die Landesregierung überdies zu Beginn des Jahres ein neues und künftig weiter auszubauendes Instrumentarium geschaffen, das die sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Schülerstrukturen an den jeweiligen Schulen, darunter auch die problematischen Sozialmilieus und Regionen mit einem besonders hohem Ausländeranteil, bei der Lehrertozuweisung verstärkt berücksichtigt. Rund 300 Lehrerstellen werden von der Landesregierung zum Schuljahr 2013/14 zur Verfügung gestellt, um Schulen in sozialen Brennpunkten anhand entsprechender Indikatoren einen Zuschlag von bis zu maximal zehn Prozent auf die Grundunterrichtsversorgung zuzuweisen.</p>	<p>Chancengerechtigkeit ist ein zentrales liberales bildungspolitisches Ziel. Kindern und Jugendlichen soll unabhängig von ihrer Herkunft die bestmögliche Bildung zu teil werden. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass bereits im Bereich der Elementarbildung mit der Förderung des Kindes begonnen werden muss. Insbesondere die Sprachförderung muss bereits frühzeitig beginnen und konsequent fortgeführt werden. Die Vorlaufkurse sind ein wichtiger Bestandteil im Bereich der Sprachförderung, jedoch müssen sie durch Intensivförderung ergänzt werden. Die Vermittlung und Beherrschung der deutschen Sprache ist notwendig für die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit im Bildungswesen.</p>	<p>Nein, die Chancengleichheit ist nicht gewahrt. Das sagen uns eindeutig alle Bildungsstudien.</p> <p>Gerade Kinder mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Elternhäusern haben erhebliche Nachteile, die aufgrund fehlender individueller Förderung (bereits im Kindergartenalter) nicht ausgeglichen werden. Hier will die SPD ein besonderes Augenmerk setzen.</p> <p>Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 6.2 verwiesen.</p>	<p>Siehe unsere Antwort zu 6.1 und 6.2</p>	<p>Siehe Antworten zu den Themenkomplexen 2 und 3</p>

8.2 Bedingt durch die Wirtschaftskrise in den süd- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten ist eine verstärkte Zuwanderung nach Deutschland zu verzeichnen. Was ist zu veranlassen, damit Kinder im schulpflichtigen Alter (Seiteneinsteiger), die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, möglichst schnell integriert werden.

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Wir sind darüber hinaus allerdings auch der festen Überzeugung, dass die deutsche Sprache die Grundvoraussetzung einer gelingenden Integration und somit auch für den Erwerb eines Schulabschlusses in Deutschland darstellt. Die Landesregierung hat daher im zurückliegenden Schuljahr mehr als 1.000 Lehrerstellen zugunsten des Deutsch-Förderunterrichtes für Schüler mit Migrationshintergrund zur Verfügung gestellt und die entsprechenden Angebote seit 1999 mehr als verdreifacht. Es entspricht daher der erklärten politischen Absicht der CDU Hessen, auch künftig die finanziellen und personellen Ressourcen zur Förderung des Bildungserfolges von Schülern mit Migrationshintergrund zuvorderst für entsprechende Maßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache einzusetzen und den muttersprachlichen Unterricht sukzessive zurückzuführen.</p>	<p>Diese Schülerinnen und Schüler müssen im Rahmen der Sprachförderung besonders gefördert werden, um die Anforderungen der Bildungsgänge erfüllen zu können. Die Auflegung gesonderter Fördermaßnahmen gilt es zu prüfen.</p>	<p>Diese Kinder müssen in besonderer Weise gefördert und beim Erwerb der deutschen Sprache unterstützt werden. Ohne ausreichende Deutschkenntnisse ist eine erfolgreiche Mitarbeit in der Schule nämlich nicht möglich.</p> <p>Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8.1 verwiesen.</p>	<p>Seiteneinsteiger in das hessische Schulwesen brauchen eine umfassende und qualifizierte Unterstützung. Im Zentrum muss dabei zunächst der Erwerb der deutschen Sprache stehen, weil diese die Voraussetzung ist, um dem Unterricht folgen zu können. Die Schulen sind dabei zu unterstützen, solche Klassen einrichten zu können und benötigen dafür Lehrerinnen und Lehrer, die auf diese Aufgabe vorbereitet sind.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kleine Seiteneinsteigerklassen mit in Deutsch als Zweitsprache qualifizierter Lehrkraft - Möglichst frühzeitig teilweisen Unterricht in Regelklasse in Ganztagschule, damit sog. Sprachbad gewährleistet ist - Ggf. gezielte Sprachförderdiagnostik auf Basis der Muttersprache und entsprechende Sprachförderung oder Sprachheiltherapie

8.3 Der hessischen Schulpolitik wurde vorgeworfen, dass das Schulsystem nur nach unten hin durchlässig ist. Ist dieser Vorwurf berechtigt?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Auch in puncto Durchlässigkeit verfügt Hessen bereits heute über eines der bundesweit führenden Schulsysteme. So können Schülerinnen und Schüler mit einem Hauptschulabschluss über den Wechsel auf die Berufsfachschule und den Erwerb des Realschulabschlusses sowie den Besuch der Fachoberschule letztlich sogar eine Studienzugangsberechtigung erwerben.</p>	<p>----</p>	<p>Ja, erst im Juni 2013 hat der „Chancenspiegel“ der Bertelsmann-Stiftung empirisch (erneut) nachgewiesen, dass auf einen so genannten Bildungsaufsteiger 9,2 so genannte Bildungsabsteiger kommen.</p>	<p>Ja, denn die Statistiken zeigen, dass deutlich mehr Schülerinnen und Schüler von Gymnasien auf Realschulen wechseln oder von Realschulen auf Hauptschulen als Schülerinnen und Schüler von Haupt- auf Realschulen oder von Realschulen aus Gymnasien. Die Bertelsmann-Stiftung geht von einem Verhältnis von 9:1 aus.</p>	<p>Dieser Vorwurf ist berechtigt, auch wenn es natürlich Schülerinnen und Schüler gibt, die in eine „höhere“ Schulform aufsteigen. Doch die Durchlässigkeit nach unten ist wesentlich ausgeprägter und gewollter. Auf einen Aufstieg kommen 8,7 Abstiege in Hessen (siehe Bellenberg, Schulformwechsel in Deutschland, 2012). Den Gymnasien kommt hier eine besondere Rolle zu, da sie nur nach unten durchlässig sind. Die Möglichkeit des Abschlusses (und nach wiederholtem Sitzenbleiben ist dies eine Zwangsmaßnahme), wird bewusst genutzt – der Wunsch nach homogenen Lerngruppen ist an den Gymnasien am stärksten ausgeprägt.</p>

8.4 Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Durchlässigkeit nach oben zu erhöhen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Folglich haben in Hessen im vergangenen Jahr 51 Prozent der Schülerinnen und Schüler einer Jahrgangsstufe – und damit deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt – die Studienberechtigung erworben. Im bundesweiten Vergleich 13 beim Anteil der Studienanfänger liegt Hessen sogar auf dem Spitzenplatz aller Bundesländer.</p>	<p>----</p>	<p>Zunächst einmal muss die systemische Durchlässigkeit zwischen Bildungsgängen und Schulformen hergestellt werden. Dies will die SPD unter anderem durch einen Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe im gymnasialen Bildungsgang und die Harmonisierung der Lerninhalte zwischen den Schulformen erreichen. Ferner sollen die Angebote längeren gemeinsamen Lernens auf freiwilliger Basis in besonderer Weise unterstützt werden.</p> <p>Im Übrigen sind eine Vielzahl von Maßnahmen denkbar und notwendig, die die SPD in ihrem Bildungskonzept von „Haus der Bildung“ niedergelegt hat: Individuelle Förderung, Ausbau von Ganztagschulen, Flexibilisierung der Schulverweildauer, Reform der Lehrerbildung – um nur einige Stichworte zu nennen.</p>	<p>Individuelle Förderung, mehr Zeit zum Lernen in Ganztagschulen und längeres gemeinsames Lernen sind aus unserer Sicht wichtige Faktoren, um die Durchlässigkeit zu verstärken. Um dies zu erreichen, wollen wir zahlreiche Maßnahmen ergreifen: Eine 105%-Lehrerversorgung und die Lehrerzuweisung nach Sozialindex schaffen Freiräume für zusätzliche Förderangebote. Der Ausbau von Ganztagschulen ermöglicht mehr Zeit für individuelleres Lernen. Mit unserem Konzept der „Neuen Schule“ setzen wir auf längeres gemeinsames Lernen und einen binnendifferenzierten Unterricht. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe und der Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Beteiligungspaket des Bundes fördern sozial benachteiligte Jugendliche.</p>	<p>Auch hier wird auf die Antworten zu den Themenkomplexen 2 und 3 verwiesen.</p> <p>Ein weiterer Punkt sind die trotz angeblicher Lernmittelfreiheit schlechteren Bedingungen von Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien:</p>

Art. 59 der Verfassung des Landes Hessen garantiert Lernmittelfreiheit. Trotzdem müssen Eltern für die Bildung ihrer Kinder häufig in die Taschen greifen. Oft erheben Schulen Kopiergeld, auch ergänzende Arbeitshefte zu Schulbüchern, Atlanten oder Lektüre müssen bezahlt werden. Dazu kommen Ausflüge und Klassenfahrten und in der Oberstufe z.T. erhebliche Fahrtkosten. Gemäß Art. 59 (2) HV (2) ist der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.

8.5 Sehen Sie die Chancengleichheit der Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern als gewahrt an? Falls ja warum, falls nein, welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen.

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Darüber hinaus zählt Hessen zu einer Minderheit unter den deutschen Bundesländern, die trotz Schuldenbremse auch weiterhin an der Lernmittelfreiheit in der Verfassung festhält. Diese wird weitest möglich im Sinne der Betroffenen ausgelegt, indem nicht nur Schulbücher und ergänzende Druckwerke, sondern auch die erforderlichen Lernmaterialien als Lernmittel anerkannt und den Schülerinnen und Schülern in Hessen unentgeltlich überlassen werden. Seit 1999 wurde das Budget für Lernmittel von der CDUgeführten Landesregierung zudem um rund 50 Prozent gesteigert. Der Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Deutschland hat daher festgestellt, dass in Deutschland lediglich noch fünf Bundesländer an einer klassischen und umfassenden Lernmittelfreiheit festhalten, darunter auch Hessen.</p>	<p>Der Zugang zu einzelnen Bildungsgängen orientiert sich an der Eignung des Schülers und nicht am Einkommen der Eltern. Die Chancengerechtigkeit möchten wir wahren und die Kinder und Jugendlichen entsprechend ihrer Begabungen fördern, so dass ihnen die angestrebte Bildungslaufbahn offen steht. Diese ist unabhängig vom Einkommen der Eltern und wird es auch in Zukunft bleiben.</p> <p>Während der letzten Legislaturperiode haben wir die Mittel für die Lehr- und Lernmittelfreiheit erhöht, so dass die Kosten für Bücher und Lernmaterialien wie beispielsweise Stoffe für den naturwissenschaftlichen Unterricht oder Lernsoftware übernommen werden. Weitere Kosten z.B. für Taschenrechner und Zeichengeräte werden auch zukünftig nicht aus dem Etat des Kultusministeriums finanziert. Auch aufgrund der angespannten Haushaltslage ist es nicht möglich, dass das Land alle anfallenden Kosten trägt.</p>	<p>Nein. Auf die vorangegangenen Antworten insbesondere zum Fragenkomplex 8 wird verwiesen.</p>	<p>Die Lernmittelfreiheit hat in Hessen Verfassungsrang. Es ist auch gut so, dass die Lernmittel, die unsere Schülerinnen und Schüler brauchen, unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden und dass wir damit sicherstellen, dass der Lernerfolg an dieser Stelle nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist. So klar und so einfach der Verfassungsauftrag eigentlich ist, so schwierig ist seine Umsetzung, weil die Frage, was zu den Lernmitteln gehört, die unbedingt notwendig sind, um Erfolg in der Schule zu haben, und was nicht, einen kontinuierlichen Überprüfungsprozess erforderlich macht. Für uns ist klar, dass Eltern, die nicht in der Lage sind, die angesprochenen ergänzenden Materialien zu bezahlen, gesondert unterstützt werden müssen. Dabei streben wir u.a. eine Überprüfung der Instrumente im Bildungs- und Teilhabepaket an.</p>	<p>>>Art. 59 der Verfassung des Landes Hessen garantiert Lernmittelfreiheit. Trotzdem müssen Eltern für die Bildung ihrer Kinder häufig in die Taschen greifen. Oft erheben Schulen Kopiergeld, auch ergänzende Arbeitshefte zu Schulbüchern, Atlanten oder Lektüre müssen bezahlt werden. Dazu kommen Ausflüge und Klassenfahrten und in der Oberstufe z.T. erhebliche Fahrtkosten. Gemäß Art. 59 (2) HV (2) ist der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.<<</p> <p>dies wird mit der ‚löchrigen‘ Lernmittelfreiheit aber oft unmöglich gemacht.</p> <p>Die Garantie der Lernmittelfreiheit wird durch die Verordnung über die Durchführung von Lernmittelfreiheit aufgehoben. Unter Paragraph 2, Absatz 4 wird ein Großteil der notwendigen und vorausgesetzten Lernmaterialien von der Lernmittelfreiheit ausgenommen. DIE LINKE hat bereits einen Gesetzentwurf eingebracht, der derzeit auf die Anregung von Expertinnen und Experten hin überarbeitet wird. Bildung ist keine Ware – und Bildung muss gebührenfrei sein. Daher muss eine tatsächliche Lernmittelfreiheit her! Nur so kann gerechte und soziale Bildungspolitik umgesetzt werden, - auch wenn dies nur ein Faktor unter vielen anderen ist.</p>

8.6 Niedersachsen will das "Sitzenbleiben" abschaffen. Können Sie sich das auch für Hessen vorstellen? Warum bzw. warum nicht?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Schließlich bekennt sich die CDU Hessen auch ausdrücklich zum Sitzenbleiben als pädagogischer Maßnahme und als Ausdruck von Leistungsgerechtigkeit. Die Wiederholung einer Jahrgangsstufe ist ein wichtiges Instrument, um schwächeren Schülerinnen und Schülern die Chance zu bieten, Versäumtes nachzuarbeiten und den Anschluss an das Leistungsniveau der nächsthöheren Jahrgangsstufe wiederherzustellen. Zugleich werden die jungen Menschen durch die Verpflichtung zur Erfüllung objektiver Leistungskriterien mit der Lebensrealität konfrontiert, wonach zum Erreichen eines Zieles auch Anstrengung und Einsatzbereitschaft erforderlich sind. Zwar muss es weiterhin Aufgabe von Politik und Schule bleiben, durch gezielte Fördermaßnahmen die Zahl der Sitzenbleiber so gering wie möglich zu halten. Wer jedoch, wie SPD und Grüne in Niedersachsen, auch leistungsunwilligen und überforderten Schülerinnen und Schülern in einem Quasi-Automatismus das Erreichen des Klassenzieles ermöglicht, der betreibt ein falsches Spiel mit ihnen und beraubt sie dadurch ihrer Vorbereitung auf den beruflichen Alltag und die Lebenswirklichkeit. Durch den vollständigen Verzicht auf das Sitzenbleiben würde sich ihr Leistungsrückstand bei durchgehend unzureichenden Leistungen und Zensuren ohne Wiederholung der Jahrgangsstufe zwangsläufig immer weiter vergrößern. Das böse Erwachen wäre erst nach Verlassen der Schule und damit zu einem Zeitpunkt unweigerlich vorprogrammiert, an dem sich der bis dahin angestaute Leistungsrückstand kaum oder gar nicht mehr beheben ließe. Das Jahreszeugnis würde dadurch gleichsam zum Blankoscheck herabgewürdigt.</p>	<p>Die Tendenz das sogenannte Sitzenbleiben per Verordnung oder im Gesetz abzuschaffen zeugt von einem starken Misstrauen in das leistungsorientierte Bildungssystem und die pädagogischen Fähigkeiten unserer Lehrerinnen und Lehrer. Die Förderung des Kindes muss im Mittelpunkt stehen und nicht eine noten-, leistungs- und prüfungsfreie Schule ohne Wiederholungen.</p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die individuelle Förderung an allen Schulen ausgebaut wird und stellen die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung. Die Verteilung von Stellen gemäß eines Sozialindex kann zusätzlich dazu beitragen, die Schulen zu unterstützen, die unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten müssen. Wir vertrauen darauf, dass durch die gezielte Förderung und pädagogischen Konzepte die Zahl der Klassenwiederholungen und die Zahl der Schulabbrecher reduziert werden können.</p> <p>Es ist Ziel unserer Bildungspolitik, Klassenwiederholungen wenn möglich zu vermeiden, aber dennoch bleibt es ein notwendiges pädagogisches Instrument. Sie bietet den betreffenden Schülerinnen und Schülern auch die Chance, persönliche Krisen zu überwinden und erfolgreich die Schullaufbahn fortzusetzen. Bei uns steht die individuelle Förderung jeden Kindes im Mittelpunkt und nicht Symbolpolitik.</p>	<p>Ja, die SPD kann sich einen Verzicht auf Sitzenbleiben gut vorstellen. Kalkulatorisch verursacht Sitzenbleiben Kosten in einer Größenordnung von 100-120 Mio. Euro. Diese Mittel können zur stärkeren Individuellen Förderung eingesetzt werden. Nur unter diesen Voraussetzungen ist es auch möglich, auf Sitzenbleiben zu verzichten: Schulen und Lehrkräfte brauchen Zeit, um die dann erforderliche Förderung den Schülerinnen und Schüler auch angedeihen lassen zu können.</p>	<p>Eine ganze Klasse zu wiederholen, weil in wenigen Fächern die Noten zu schlecht sind, halten wir in der Regel für pädagogisch nicht sehr sinnvoll. In unserem Konzept für die „Neue Schule“ ersetzen wir daher das Sitzenbleiben und die Querversetzung durch ein Mehr an individueller Förderung. In den integrierten Gesamtschulen funktioniert dieser Ansatz schon heute gut. Wir setzen bei der Abschaffung des Sitzenbleibens und der Querversetzung wie in unserer Bildungspolitik insgesamt auf Ermöglichen statt Verordnen, überlassen also den Schulgemeinden, welchen Weg sie gehen wollen.</p>	<p>Sowohl das Sitzenbleiben als auch das Abschulen von Schülerinnen und Schülern lehnt DIE LINKE ganz entschieden ab. Es ist beschämend und reißt junge Menschen aus ihrem vertrauten sozialen Umfeld heraus. Zudem dokumentiert es das Versagen des Bildungssystems, welches es nicht schafft, junge Menschen nach ihren individuellen Fähigkeiten zu fördern und zu unterstützen, sondern „die anderen“, die „schlechten“ Schülerinnen und Schüler aussondert, um Homogenität statt Heterogenität herzustellen.</p>

9. Religionsunterricht

Der Islamunterricht soll im Schuljahr 2013/14 an 20 Schulen eingeführt werden.

9.1 Befürworten Sie die Einführung?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Auf Wunsch des Koalitionspartners wurde im Jahr 2009 die Formulierung in den Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP aufgenommen, wonach die Landesregierung die Einführung eines Islamischen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen in deutscher Sprache und durch in deutscher Sprache ausgebildete Lehrkräfte prüfen werde. Im Rahmen eines verwaltungsrechtlichen Verfahrens gelangte das Hessische Kultusministerium dabei im vergangenen Jahr zu der Feststellung, dass die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zur Anerkennung der beiden Antragsteller Ditib und Ahmadiyya erfüllt seien und daher zum Schuljahr 2013/14 die versuchsweise Einführung eines bekenntnisorientierten Islamischen Religionsunterrichtes in deutscher Sprache an maximal 25 Grundschulen erfolgen könne. Eine strenge Kontrolle durch die Staatliche Schulaufsicht ist dabei nach Auffassung der CDU Hessen unerlässlich.</p> <p>Insbesondere muss die Unabhängigkeit der Antragsteller von anderen Staaten sowie die Sicherstellung eines verfassungskonformen Unterrichtes, unter anderem durch die Anerkennung der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Toleranz gegenüber anderen Glaubensrichtungen, gewährleistet werden.</p>	<p>Wir haben uns für die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts eingesetzt. Ab dem Schuljahr 2013/ 2014 wird dieser in zunächst 27 Grundschulen in der ersten Klasse angeboten und dann von Jahrgang zu Jahrgang ausgeweitet. Dabei ist der bekenntnisorientierte Religionsunterricht eine staatliche Veranstaltung wie jedes andere Fach auch, wird als ordentliches Lehrfach nach staatlichen Curricula, auf Deutsch und durch staatliche Lehrkräfte erteilt. Mit der Einführung des Unterrichts wurde dem verfassungsrechtlichen Anspruch gemäß Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes Rechnung getragen, denn die muslimischen Schülerinnen und Schüler haben ein Anrecht auf eine verfassungskonforme Lösung .</p>	<p>Ja.</p>	<p>Ja, wir befürworten die Einführung des islamischen Religionsunterrichts, wir möchten ihn aber zu einem Regelangebot ausbauen. Der Religionsunterricht für muslimische Kinder darf nicht in der Phase eines Modellprojekts an 25 Grundschulen stecken bleiben. Das Angebot muss flächendeckend in Hessen unterbreitet werden, auch an weiterführenden Schulen.</p>	<p>Für DIE LINKE ist Religion v.a. Privatsache. Dementsprechend gehört religiöse Erziehung u.E. vor allem in die Familie und in die Gemeinden. Aber das Umfeld für Religion hat sich längst verändert. Wir wissen, dass sich über 60% der Menschen in Hessen selbst als nicht gläubig bezeichnen. Dem muss sich auch Schule stellen. Deshalb halten wir einen verbindlichen und verbindenden Ethikunterricht für alle Kinder und Jugendlichen, in dem über die uns alle verbindenden Werte, aber auch über die Unterschiede zwischen verschiedenen Weltanschauungen und Religionen gesprochen werden kann, für dringend erforderlich. In diesem Rahmen kann auch die Beschäftigung mit dem Islam, zugeschnitten auf die Lebensrealität der hier lebenden Schülerinnen und Schüler die Integration muslimischer Schüler fördern und deren kulturelle Identität stärken. .</p> <p>Soweit zu unserer grundsätzlichen Haltung zur Religion. Solange die Schulen in Hessen aber einen verfassungsmäßig geschützten evangelischen und katholischen Religionsunterricht anbieten, müssen u.E. muslimische Kinder mit ihnen gleichgestellt werden, muss die bestehende Ungleichbehandlung beendet werden. Die Linksfraktion in Hessen hat daher die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen unterstützt. .</p>

9.2 Wann rechnen Sie mit einer flächendeckenden Umsetzung?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Eine flächendeckende Umsetzung des konfessionsgebundenen Islamischen Religionsunterrichtes ist unter Berücksichtigung der Konzentration muslimischer Schülerinnen und Schüler in bestimmten Regionen, der Akzeptanz der beiden Kooperationspartner bei jener Mehrheit muslimischer Familien, die weder der Ahmadiyya noch der Ditib angehören sowie der für die Erteilung eines konfessionellen Islamischen Religionsunterrichtes erforderlichen Lehrkräfte gegenwärtig nicht vorgesehen.</p>	<p>Die flächendeckende Umsetzung muss sich zunächst am Bedarf orientieren. Ferner müssen auch die qualifizierten Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Wir sind überzeugt davon, dass die Einführung zunächst an 27 hessischen Grundschulen der richtige Schritt ist.</p>	<p>Das lässt sich zeitlich nicht genau abschätzen. Ziel muss es sein, möglichst schnell bedarfsdeckende Angebote zu machen.</p>	<p>Bei einer Regierungsbeteiligung der GRÜNEN werden wir uns dafür einsetzen, dass die nötigen Maßnahmen für eine flächendeckende Umsetzung so schnell wie möglich angegangen werden. Dabei sind natürlich einige Voraussetzungen zu schaffen, deren Dauer nicht alleine in unserer Hand liegen: Besonders die Weiter- oder Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern benötigt Zeit. Leider hat die schwarz-gelbe Landesregierung durch ihr Zögern und Koalitionsstreitigkeiten bis zum Start des Modellprojektes 13 Jahre gebraucht. Diese verlorene Zeit werden wir nicht mehr aufholen können. Wir werden ein flächendeckendes Angebot nicht an fehlender Innovation scheitern lassen, im Gegenteil wo ein Wille ist, ist auch ein Weg und bei uns ist der Wille vorhanden.</p>	<p>Das Problem dabei: Der Unterricht muss schnellstmöglich auch flächendeckend angeboten werden. Denn der Bedarf ist riesig und darf nicht nur einzeln Schülern ausgesuchter Schulen zugeteilt werden. So besteht bei der Umsetzung jetzt die Gefahr wie im Kulturpolitischen Ausschuss im März zu Recht kritisiert wurde, dass arabischen und persischen Kindern oder muslimischen Kindern aus dem Balkan kein Angebot gemacht werden kann.</p>

9.3 Welche Maßnahmen sind für eine zeitnahe flächendeckende Einführung zu ergreifen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
Über eine Fortsetzung oder Erweiterung des Islamischen Religionsunterrichtes wird nach einer gründlichen und sorgfältigen Evaluierung des Pilotprojektes zu entscheiden sein.	----	Für eine zeitnahe bedarfsdeckende Einführung ist insbesondere die Qualifizierung von Lehrkräften erforderlich, die den staatlich verantworteten islamischen Religionsunterricht durchführen können.	Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht geben können, steht an erster Stelle. Wir wollen dabei nicht nur den Fokus auf die Grundschulen legen, sondern auch frühzeitig Lehrerinnen und Lehrer für die weiterführenden Schulen ausbilden.	-Schnelle Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an den Unis -Maßnahmen zur Erhöhung der Bereitschaft angehender Studentinnen und Studenten, islamischen Religionsunterricht als Fach zu belegen

10. Ganztagsangebote / Ganztagsbetreuung

10.1 Wie beurteilen Sie die derzeitige Situation hinsichtlich Ganztagsangeboten und Ganztagsbetreuung an Hessischen Schulen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Gemäß dem Prinzip der Wahlfreiheit als tragender Säule christdemokratischer Bildungspolitik setzt die CDU Hessen auch bei den Ganztagsangeboten auf das Prinzip der Freiwilligkeit und der Auswahl aus mehreren Angebotsoptionen. Im Rahmen der drei Profile der Pädagogischen Mittagsbetreuung, der offenen sowie der gebundenen Ganztagschule können Eltern selbständig eine Entscheidung darüber treffen, ob ihre Kinder an allen fünf Wochentagen über den gesamten Nachmittag hindurch an der Schule betreut werden oder lediglich zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Tagen. Eine flächendeckende Einführung gebundener Zwangsganztagschulen wird es dagegen mit der CDU nicht geben, da sie den unterschiedlichen Wünschen und Bedürfnissen von Schülern und Eltern nicht annähernd gerecht werden kann.</p>	<p>Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Ganztagsangebote jedes Jahr in erheblichem Maß mit zusätzlichen Stellen ausgebaut wurden, um den Anforderungen von Schule und Familie gerecht zu werden. Aktuell werden rund 70 Millionen Euro pro Jahr in den Ausbau der schulischen Ganztagsangebote investiert. Pro Jahr wurden rund 115 zusätzliche Stellen für die Einrichtung und den Ausbau zur Verfügung gestellt. Durch diese Investitionen kann mittlerweile die Hälfte aller hessischen Schulen ein Ganztagsangebot anbieten. All diese Maßnahmen tragen deutlich dazu bei, die Qualität von Schule und Unterricht zu verbessern. Diesen Kurs gilt es auch in Zukunft fortzusetzen.</p> <p>Die qualitativ hochwertige Betreuung ist sicherzustellen. Es geht nicht um die Aufbewahrung von Schülerinnen und Schülern sondern um eine pädagogische Begleitung und Betreuung. Wir plädieren deshalb auch für die Öffnung der Schulen.</p>	<p>Die Ganztagsentwicklung in Hessen ist ungenügend. Der überwiegende Teil der Ganztagsangebote sind Angebote der sogenannten pädagogischen Mittagsbetreuung – des Profils 1 gemäß Ganztagschulrichtlinie. Dies sind aber nach Ansicht der SPD keine „echten“ Ganztagschulen.</p>	<p>Es ist gut, dass die Mittel für Ganztagschulen ausgeweitet wurden. Wahr ist aber auch, dass hierbei die Grundschulen sträflich vernachlässigt und fast ausschließlich die pädagogische Mittagsbetreuung gefördert wurde. In Hessen herrscht vor allem bei der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern ein großer Aufholbedarf.</p>	<p>DIE LINKE beurteilt diese Situation als absolut unzureichend. Insbesondere im Grundschulbereich kann von einem Angebot kaum gesprochen werden. Im Schuljahr 2011/12 arbeiteten von 1.048 Schulen reinen Grundschulen in öffentlicher Trägerschaft lediglich 20 mit einem tatsächlichen Ganztagsangebot. 218 dieser reinen Grundschulen boten immerhin eine pädagogische Mittagsbetreuung an, die aber nicht als Ganztagsangebot verstanden werden kann.</p> <p>Dabei sind es doch gerade die Kinder im Grundschulalter, für die ein Betreuungsangebot gestaltet werden muss. Eltern, die während der Kindergartenzeit ganztätig arbeiten gehen konnten, stehen mit der Einschulung ihres Kindes plötzlich vor dem Problem, es nach Schulschluss nicht mehr betreut zu wissen.</p> <p>Daher muss der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen, wie es das Umsetzungsmodell der LINKEN hin zu der Schule für Alle vorsieht, sofort begonnen werden.</p>

10.2 Wollen Sie hier das Angebot weiter ausbauen? Wenn ja, wie und bis wann?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Seit ihrem Regierungsantritt hat die CDU-geführte Landesregierung die Ganztagsangebote an allen Schulformen unter erheblichem finanziellem Aufwand ausgebaut. Nachdem unter der letzten rot-grünen Regierung von 1995 bis 1999 nicht eine einzige Ganztagschule genehmigt worden war, wurde die Zahl der Ganztagsangebote alleine in den letzten zehn Jahren von 138 auf 847 Schulen ausgeweitet, so dass heute bereits rund die Hälfte aller hessischen Schulen in öffentlicher Trägerschaft ein Ganztagsangebot bereithält. Über 1500 Lehrerstellen werden dafür von der Landesregierung jedes Jahr zur Verfügung gestellt. Als Folge der unverminderten Anstrengungen zum kontinuierlichen Ausbau der Ganztagsangebote wird die Landesregierung auch weiterhin in jedem Schuljahr die Zahl der dafür vorgesehenen Lehrerstellen um weitere 115 aufstocken. Infolgedessen können bereits zum Schuljahr 2013/14 weitere 70 Schulen in das Ganztagsprogramm aufgenommen werden.</p>	<p>Die Schulen sollen auch in Zukunft in Abstimmung mit dem Schulträger selbst über die Ausgestaltung bestimmen können und ihr Modell an die Begebenheiten und Bedürfnisse vor Ort anpassen können. Dementsprechend gibt es kein einheitliches Modell, das für alle hessischen Schulen das richtige ist und das flächendeckend eingeführt werden sollte.</p> <p>Eine „Zwangsganztagschule“ wird es mit uns auch in Zukunft nicht geben. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung ein und wollen den Ausbau der Ganztagsangebote fortsetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist heutige eine notwendige und wichtige Maßgabe.</p>	<p>Ja, die SPD will die Entwicklung echter Ganztagschulen voran treiben.</p> <p>Zum einen beabsichtigt die SPD in den kommenden 5 Jahren jährlich 100 Grundschulen in Hessen zu echten Ganztagschulen (Profil 2 und Profil 3) auszubauen.</p> <p>Zum anderen sollen auch vermehrt weiterführende Schulen die Möglichkeit erhalten, echte Ganztagschulen zu werden – insbesondere dann, wenn sie sich zu Gemeinschaftsschulen weiter entwickeln wollen.</p>	<p>Wir werden den Ausbau der Ganztagsangebote mit einem Schwerpunkt auf die Grundschulen vortreiben (siehe unser Konzept „Gute Bildung und Betreuung von Anfang an“ http://gruenlink.de/h2v). Wir werden dafür sorgen, dass es an jeder Grundschule ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30 bis 17:00 Uhr gibt. Selbstverständlich entscheiden die Eltern selbst, ob und wie lange sie ihr Kind über die Unterrichtszeit der Grundschule hinaus betreuen lassen wollen. Die Bildungs- und Betreuungsgarantie ist ein Angebot und kein Zwang. Zur Umsetzung der Bildungs- und Betreuungsgarantie werden wir im Laufe der kommenden fünf Jahre allen Grundschulen die Aufnahme in das Ganztagsschulprogramm des Landes ermöglichen. Als Land werden wir das Personal oder die Mittel zur Verfügung stellen, um an fünf Tagen die Woche von 7:30 bis 14:30 Uhr ein Ganztagsangebot an den Grundschulen bereitzuhalten. Für die Zeit von 14:30 bis 17:00 Uhr und für die Betreuung in den Schulferien sind im Gegenzug die Kommunen zuständig. Durch einen Vertrag zwischen Land, Schulträger und Kommunen werden wir sicherstellen, dass für die Eltern und ihre Kinder ein Bildungs- und Betreuungsangebot aus einem Guss von 7:30 bis 17:00 Uhr entsteht.</p>	<p>Schulen müssen die finanzielle, personelle und sachliche Ausstattung erhalten, die sie für diesen Prozess brauchen. Dazu müssen die Bildungsausgaben deutlich erhöht werden. Das geht mit einer sozial gerechten Steuerreform. Das unsinnige Kooperationsverbot, das die Beteiligung des Bundes an Bildungsaufgaben der Länder verbietet, muss abgeschafft werden. Große Reformprojekte, die über einen langen Zeitraum tragfähig sein sollen, können nicht von oben verordnet werden. Es bedarf einer gesellschaftlichen Mehrheit, die ein solches Projekt trägt.</p> <p>Neue Konzepte müssen ihre Überlegenheit in der Praxis beweisen. Dafür brauchen Schulen den Freiraum, neue Wege auszuprobieren und von ihren eigenen Erfahrungen auszugehen. Längst gibt es erfolgreiche Ganztagschulen oder Schulen, die gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen anbieten. Es gibt integrierte Gesamtschulen, die Kinder aus allen sozialen Schichten zum Schulerfolg führen. In den öffentlichen Kindertagesstätten und den Grundschulen ist dies ohnehin die Regel. In einem solchen Prozess müssen die Lernenden und Eltern, die Lehrenden und Schulleiter, sowie Vereine und außerschulische Bildungsträger als Partner zusammenfinden.</p> <p>Der zeitliche Ablauf kann so aussehen:</p> <p>1. Phase (2-3 Jahre)</p> <p>In dieser Phase muss energisch begonnen werden, die bestehende Unterfinanzierung des Bildungssystems zu überwinden. Nach Wiedererhebung der Vermögensteuer und einer Erhöhung der Steuer auf sehr große Erbschaften durch eine neue Bundesregierung stehen dem Land rund 1,5 Mrd. Euro Mehreinnahmen im Jahr zur Verfügung. In dieser Phase will DIE LINKE</p> <ul style="list-style-type: none"> • 3.500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen, um Ganztagsangebote an allen hessischen Schulen zu ermöglichen, eine vollständige Unterrichtsabdeckung zu gewährleisten und die gestiegene Arbeitsbelastung des vergangenen Jahrzehnts auszugleichen; • neue Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Schulpsychologinnen und Schulpsychologen für die Schulen schaffen;

				<ul style="list-style-type: none"> • ein Programm „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ) auflegen, für das 500 neue Lehrerstellen benötigt werden; • in allen Landkreisen, kreisfreien und Sonderstatusstädten eine Planung für den Erhalt von Schulstandorten insbesondere im ländlichen Raum durch die Zusammenführung von Schulformen und einen jahrgangsübergreifendem Unterricht erstellen; • in allen Landkreisen, kreisfreien und Sonderstatusstädten eine Detailplanung für den Übergang von Kindern mit Beeinträchtigungen/Behinderungen von den Kindertagesstätten in das Regelschulsystem erstellen; • Auf Grundlage dieser Planung die entsprechende Stellenzuweisung für zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen vornehmen und den Schulträgern mit Landesmitteln unter die Arme greifen, um die bisherigen Regelschulen für die Aufnahme von Kindern mit Beeinträchtigungen/Behinderungen sowie für den Ganztagsunterricht baulich und technisch auszustatten; • Insbesondere Kindern, die bisher in den Förderschulen unterrichtet wurden, muss umgehend entsprechend dem Elternwillen die Möglichkeit eröffnet werden, an einer Regelschule unterrichtet zu werden. Das Land stellt den Wunschschulen der bisherigen Förderschülerinnen und Förderschülern die dafür notwendigen Mittel kurzfristig und unbürokratisch zur Verfügung. • alle Schulen ermutigen und unterstützen, den Weg zu einem Ganztagsunterricht in Zusammenarbeit der Schulgemeinschaft mit den örtliche Partnern zu beschreiten; • die gemeinsame Diskussion um einen geplanten Übergang zu einem inklusiven Gemeinschaftsschulsystem mit der Öffentlichkeit, den Schulen, Eltern, Schülerinnen und Schülern, den Schulträgern u.a. eröffnen • die Erfahrungen bisheriger integrierender oder inklusiver Schulversuche sowie von Modellschulen intensiv an den Schulen, in der Lehreraus- und weiterbildung und in der Öffentlichkeit verbreiten • die Ausbildungskapazitäten für Lehrerinnen und Lehrern an den hessischen Universitäten deutlich erhöhen <p>2. Phase (weitere 7-8 Jahre)</p> <p>Nach dem in der Mehrzahl der Schulen die Voraussetzungen geschaffen sind, beginnt der schrittweise Übergang zur einen Schule für Alle:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Einstellungen zusätzlicher Lehrkräfte werden fortgesetzt,
--	--	--	--	--

				<p>mit dem Ziel, Klassengrößen gegenüber dem heutigen Standard um ein Fünftel zu reduzieren und eine zehnpromtente Vertretungsreserve aufzubauen.</p> <ul style="list-style-type: none">• Das Sitzenbleiben wird endgültig abgeschafft, nachdem es in den vorangegangenen Jahren bereits auf Einzelfälle mit besonderer Genehmigung der Schulämter beschränkt worden war.• Schulnoten werden durch dialogische Formen der Rückmeldung über Lernfortschritte ersetzt.• Die bestehenden Schulen der Sekundarstufe 1, gleich ob Haupt-, Real-, kooperative oder integrierte Gesamtschulen oder Gymnasien nehmen alle Kinder unabhängig von deren bisherigen schulischen Leistungen in gemeinsame Klassen auf. Bestehende Klassen werden zu Ende geführt, das gegliederte Schulsystem läuft aus.• Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden weitestgehend unter Bereitstellung angemessener Vorkehrungen in Regelschulen aufgenommen. Wo besondere Fördereinrichtungen aus Sicht des Kindeswohles nach übereinstimmender Einschätzung von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Schulen und Eltern notwendig erscheinen, werden diese soweit als möglich an Regelschulen angegliedert und in deren Bildungsabläufe integriert.• Die bestehenden Förderschulen nehmen alle Kinder aus den umliegenden Wohngebieten in ihre Eingangsklassen auf. In einem Zeitraum von 10 Jahren laufen damit die Mehrzahl der Förderschulen in dieser gesonderten Form aus und werden als Regelschule weitergeführt.• Insbesondere für Kinder mit Sinnesbeeinträchtigungen (Blinde und Hörgeschädigte) können wie z.B. in Schleswig-Holstein, zusätzlich zum Regelunterricht, Kooperationen mit bisherigen Förderschuleinrichtungen entwickelt werden. Dort kann z.B. im Blockunterricht auf die spezifischen Bedingungen und Entwicklungsbedürfnisse dieser Kinder eingegangen werden und können diese Kinder so zusätzliche soziale Erfahrungen mit Gleichgesinnten machen.• In Pilotprojekten und unter Auswertung bestehenden Erfahrungen in anderen Staaten und Bundesländern wird geprüft, wie die Beschulung von mehrfach schwerstbehinderten Kindern sowie Kindern, die auf Grund ihres Verhaltens eine Gefahr für sich selbst oder andere darstellen, im besten Interesse der Kinder im Regelschulsystem geleistet werden kann.
--	--	--	--	--

10.3 Soll Grundschule auch Ganztagschule werden? Wenn ja, wie und bis wann?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
Dies schließt selbstverständlich in Fortführung der bisherigen Praxis auch die Grundschulen ein.	Die FDP wird kein Ganztagsangebot verordnen, aber wir möchten Grundschulen ermutigen sich auf den Weg zur Ganztagschule zu machen, wenn der Bedarf vor Ort besteht. Wir setzen uns dafür ein, dass eine gute Betreuung nicht mit der Einschulung endet, so dass wir den Ausbau von Angeboten an Grundschulen ebenfalls fördern.	Ja, auf die Antwort zu Frage 10.2 wird verwiesen.	Die GRÜNEN werden bei dem weiteren Ausbau der Ganztagschulen einen Schwerpunkt auf Grundschulen setzen. Siehe unsere Antwort auf Frage 10.2	Siehe Antworten zu Frage 10.1 und 10.2

11. Inklusion

In 17 von 30 europäischen Ländern liegt der Inklusionsanteil 2008 schon über 75 % Hessen weist einen Inklusionsanteil von 12,3% aus und nimmt damit den vorletzten Platz unter den Bundesländern ein (Quelle: Auf dem Weg zur schulischen Inklusion, in Nordrhein-Westfalen, Empfehlungen zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention im Bereich der allgemeinen Schulen Klaus Klemm / Ulf Preuss-Lausitz Juni 2011).

11.1 Welchen Stellenwert messen Sie dem Thema Inklusion bei?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Die in der Eingangsbemerkung zu dem Fragenkomplex aufgeführte Zahl aus der u.a. von SPD-Mitglied Klaus Klemm erstellten Studie wurde durch die wissenschaftliche Forschung unmissverständlich relativiert. So führt der renommierte Berliner Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Bernd Ahrbeck in seinem Standardwerk „Der Umgang mit Behinderung“ die hohen Inklusionsquoten beispielsweise der skandinavischen Länder auch auf deren ungleich höhere Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs zurück. Während in Deutschland der Anteil der im schulischen Rahmen als behindert geltenden Kinder bei rund sechs Prozent liegt, verfügen in Finnland fast 18 Prozent der Kinder über einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Ahrbeck kritisiert daher zu Recht: „Als anstößig gelten gemeinhin niedrige Integrationsraten. Die teils extreme Häufung diagnostisch produzierter Behinderungen, die sich im internationalen Bereich findet, wird hingegen kaum zum Gegenstand kritischer Erörterungen.“ (Bernd Ahrbeck: Der Umgang mit Behinderung. Stuttgart 2011, S. 17 f.) Grundsätzlich erkennt die CDU Hessen die schulische Inklusion im Rahmen pädagogischer Grenzen der gemeinsamen Beschulbarkeit als allgemein anzuerkennendes Ziel an.</p>	<p>Wir Liberalen setzen uns dafür ein, dass eine inklusive Beschulung von der Ausnahme zum Regelfall wird und die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird. Im Vordergrund muss an erster Stelle das Wohl des Kindes stehen und deshalb ist zu prüfen, ob eine Beschulung in der Regelschule diesem dient. Wir halten die Einsetzung eines Förderausschusses unter Einbeziehung der Eltern für zweckmäßig. Es ist notwendig, dass vor Ort über den jeweiligen sonderpädagogischen Förderbedarf entschieden wird. Es wird auch in Zukunft einige wenige Fälle geben, in denen die Schülerinnen und Schüler am besten in den Förderschulen gefördert werden können, um den speziellen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Die Ressourcen werden bedarfsgerecht eingesetzt, um die Inklusion möglichst flächendeckend umzusetzen.</p> <p>Die Modellregionen Inklusion werden wir auch in Zukunft unterstützen und uns dafür einsetzen, dass die Ergebnisse landesweit übertragen werden können. Im Rahmen dessen werden wir die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen und den Ausbau des inklusiven Schulsystems fortführen. Eine bedarfsgerechte Zuweisung im Sinne der Schülerinnen und Schüler ist zu gewährleisten.</p> <p>Aber wir sprechen uns auch für den Erhalt der Förderschulen aus, um jedem Kind die bestmögliche Förderung zuteilwerden zu lassen und den Wünschen der Eltern zu entsprechen. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit sich Förderschulen unter bestimmten Voraussetzungen sowie in Anbetracht ihrer regionalen Gegebenheiten auch für Schülerinnen und</p>	<p>Die SPD misst dem Thema Inklusion einen hohen Stellenwert bei – aus gesellschaftspolitischen Gründen und auch deswegen, weil die SPD die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen als unmittelbar geltendes Recht</p>	<p>Inklusion ist eine bedeutende Aufgabe und gleichzeitig Herausforderung für das Bildungssystem in den kommenden Jahren. Das Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention liegt nun schon vier Jahre zurück und dennoch richtet die schwarz-gelbe Landesregierung bei der Umsetzung weiterhin Chaos und Verunsicherung an, anstatt sich für machbare Lösungen der Inklusion einzusetzen. DIE GRÜNEN engagieren sich seit langem für den inklusiven gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf und wir wollen die Inklusion in Hessen vorantreiben.</p>	<p>Inklusion, nicht nur verstanden im Sinne der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), sondern im Sinne eines Schulsystems, welches kein Kind, egal welcher Herkunft, aus welchem sozialen und familiären Hintergrund, welchen Glaubens oder welchen Geschlechts, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, zurück lässt, hat einen zentralen Stellenwert für eine gute Bildungspolitik.</p> <p>Für solch ein Bildungs- und Schulsystem setzt DIE LINKE sich ein.</p> <p>Durch die Ratifizierung der UN-BRK hat sich auch Hessen verpflichtet, Kindern mit Beeinträchtigung den Zugang zu den Regelschulen zu gewährleisten. Dieser Verpflichtung kommt die schwarz-gelbe Landesregierung nicht nach.</p>

	<p>Schülern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf öffnen können. Dies kann jedoch nur auf Grundlage konkreter Regelungen und Verfahrensweisen umgesetzt werden.</p> <p>Es ist notwendig, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der Aus- und Weiterbildung grundlegende Kenntnisse für eine inklusive Beschulung aneignen, beispielsweise im Umgang mit Heterogenität und individueller Förderung. Schulische Inklusion kann nur gelingen, wenn auch die pädagogischen Voraussetzungen durch eine fachlich kompetente Ausbildung geschaffen werden und alle Beteiligten einbezogen werden. Ein Wissenstransfer zwischen allen beteiligten Institutionen (Schulen, Beratungs- und Förderzentren und den Ausbildungsstätten) ist anzustreben und auszubauen.</p>			
--	--	--	--	--

11.2 Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um den Inklusionsanteil zu erhöhen.

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Mit 1.575 Förderschullehrerstellen an den allgemeinbildenden Schulen werden zum kommenden Schuljahr 2013/14 so viele Lehrer wie nie zuvor für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen zur Verfügung stehen. Diese Zahl wird jährlich um 40 weitere Lehrerstellen für den inklusiven Unterricht aufgestockt. Durch die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes und der einschlägigen Durchführungsverordnung wurden überdies die Elternrechte nachhaltig gestärkt. So kann die erforderliche Einstimmigkeit bei Entscheidungen der Förderschüsse über die passende Fördermaßnahme nicht ohne die Zustimmung der Eltern erzielt werden.</p>	<p>Siehe Frage 11.1</p>	<p>Zum einen muss das gesetzliche Regel-/Ausnahmeverhältnis klar im Sinne der Inklusion geregelt werden. Hier gibt es seit der letzten Änderung des hessischen Schulgesetzes durchaus akzeptable Ansätze.</p> <p>Vor allem muss nun der so genannte Ressourcenvorbehalt fallen. Im Klartext heißt das, dass das Land endlich die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen muss. Mittel und Stellen, die sich derzeit im System der Förderschule befinden (rund 225 Mio. Euro) können hierfür genutzt werden – zusätzliche Mittel werden allerdings erforderlich sein.</p>	<p>Wir wollen den inklusiven gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf von der Ausnahme zur Regel machen. Die notwendigen personellen, sachlichen und baulichen Voraussetzungen müssen den Kindern an die wohnortnahe allgemeine Schule folgen. Heute ist es umgekehrt. Die Schülerinnen und Schüler müssen oft weite Wege zu einer Förderschule zurücklegen. Unser Ziel ist es, dass alle Eltern frei entscheiden können, ob sie ihr Kind an einer wohnortnahen allgemeinen Schule oder an einer Förderschule unterrichten lassen. Bereits 2011 hatte die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert, den Anspruch auf inklusive Beschulung und verbindliche Umsetzungsschritte im hessischen Schulgesetz zu verankern. Auch bei der Inklusion steht für uns die Wahlfreiheit an erster Stelle: Eltern sollen wählen können, ob sie für ein Kind mit Behinderung einen Platz an einer allgemeinen Schule wünschen oder aber an der Förderschule. Bei dieser Entscheidung werden die Eltern unabhängig beraten.</p>	<p>Neben den schon in den vorherigen Fragen dargestellten Konzepten zur Schaffung einer guten und gerechten Bildungspolitik, setzt sich DIE LINKE dafür ein, das Förderschulwesen zu überwinden.</p> <p>Inklusive Bildungseinrichtungen und eine inklusive Schule sind nicht nur geeignet, die besten Bildungschancen für jedes Kind und alle Jugendlichen zu bieten, sondern auch, die sozialen Unterschiede zu verringern. Dazu muss allerdings die Bildungspolitik von der Sozialpolitik unterstützt und flankiert werden.</p> <p>Der kommunalen Jugendhilfe kommt hier eine wichtige Funktion zu. Die sozialpädagogischen Angebote und die Beteiligung der Träger der Jugendhilfe sind mit Kita und Schule zu verzahnen und abzustimmen. Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung müssen auf kommunaler und Landesebene aufeinander abgestimmt werden. Außerdem müssen Schulträger und Schulleitung dafür sorgen, dass die Schülerschaft sozial gemischt ist und der Bildung von Ghettoschulen entgegengewirkt wird.</p> <p>Der individuelle Rechtsanspruch jedes Kindes auf Nicht-Diskriminierung, auf gemeinsames Lernen, auf Inklusion, hat absolute Gültigkeit. Er darf nicht relativiert werden und kann nicht mit einem Wahlrecht der Eltern auf Sonderbeschulung ihres Kindes, auf Exklusion, ausgehebelt werden. Deutschland hat im März 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Damit ist die Verpflichtung eingegangen worden, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu schaffen: vom Kindergarten über die Schule, die Berufsschule bis zur Hochschule, einschließlich der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens. Bei der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen geht es um ein anderes Verständnis von Gesellschaft und Bildung: Die inklusive Bildung stellt die große Vielfalt der Menschen in den Mittelpunkt und bewertet sie positiv.</p> <p>Alle in Kita und Schule Tätigen werden entsprechend den Anforderungen inklusiver Bildung umfassend aus-, fort- und weitergebildet. Die Pädagoginnen und Pädagogen arbeiten in multiprofessionellen Teams zusammen. Eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Schulsystem bedeutet:</p> <p>- Kinder oder Heranwachsende dürfen weder aus sozialen Grün-</p>

				<p>den oder aus Gründen der Herkunft oder von Behinderung in unserem Schulsystem benachteiligt werden, gegebene Benachteiligungen sind auszugleichen.</p> <ul style="list-style-type: none">- Jedes Kind hat den Anspruch, in die Regelschule aufgenommen zu werden und auf die seinen Bedürfnissen entsprechende individuelle Förderung. Die dafür notwendigen Vorkehrungen müssen vom ersten Tag an getroffen werden.- Es findet keine Aussortierung an andere Schulen statt.- Inklusion darf nicht nur an einigen „Schwerpunktschulen“ stattfinden. Kinder mit Behinderungen müssen den freien Zugang zu allen Schulen bzw. Schulformen haben.- Alle in der Schule Tätigen werden entsprechend den Anforderungen inklusiver Bildung umfassend aus-, fort- und weitergebildet. Die Aus-, Fort und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie anderen Pädagoginnen und Pädagogen muss an die neuen Herausforderungen angepasst werden: Alle Pädagoginnen müssen für die Arbeit mit heterogenen Gruppen qualifiziert werden, sie sollen in multiprofessionellen Teams die Lernausgangslage eines jeden Kindes bestimmen und darauf aufbauend individuelle Förderungen planen und durchführen können.- Der Ressourcenvorbehalt im Hess. Schulgesetz (§49 Abs. 2 und §54 Abs. 4 und 7) ist aufzuheben. Die notwendigen personellen, finanziellen, materiellen, kommunikativen, baulichen und räumlichen Bedingungen für die Schule für Alle und damit für den Aufbau eines inklusiven Schulsystems sind sofort bereit zu stellen. Das Land und die Schulträger arbeiten diesbezüglich konstruktiv zusammen.
--	--	--	--	--

11.3 Wann rechnen Sie mit einer flächendeckenden Umsetzung der Inklusion?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen zur Inklusion muss jedoch vor allem das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen, so dass auch die Grenzen der Inklusion nicht außer Acht gelassen werden dürfen.</p> <p>Insbesondere im Falle von Kindern, die aufgrund einer geistigen Behinderung nicht lernzielgleich unterrichtet werden können oder durch Verhaltensauffälligkeiten die Durchführung des Regelunterrichtes erschweren, lässt sich daher die von der Opposition geforderte Totalinklusion nicht verwirklichen. Aufgrund entsprechend negativer Erfahrungen bei einer inklusiven Beschulung ihrer Kinder gelangen betroffene Eltern überdies zunehmend zu der Auffassung, dass die hohen Anforderungen und Herausforderungen in der rauen Wirklichkeit des Regelunterrichtes der Entwicklung ihrer Kinder nicht unbedingt zum Vorteil gereichen.</p> <p>Der Ansatz der Inklusionsbefürworter, eine Behinderung als Normalität zu erachten und die Kategorien von Anderssein im Zeichen einer unangemessenen Gleichheitsrhetorik aufzulösen, lässt sich spätestens beim Umgang mit missbrauchten und misshandelten Kindern im Rahmen einer gemeinsamen Beschulung ohne besondere Schonräume und Rücksichtnahme auf die individuellen Bedürfnisse nicht verantworten. Lehrer ohne einschlägige Ausbildung und Erfahrung im Umgang mit geistigen Behinderungen oder seelischen Traumata und psychischen Störungen würden dadurch gleichsam per Erlass zu Experten für alle Arten von Behinderungen.</p> <p>Zudem bleibt es nicht ohne Konsequenzen für die Kinder ohne Behinderungen, wenn sich die gesamte Aufmerksamkeit der anwesenden Pädagogen zwangsläufig auf ein Inklusionskind richtet, das unter Inkontinenz oder epileptischen Anfällen leidet oder wenn ein Lehrer – sei es auch bei einer noch so geringen Klassengröße und einem noch so umfangreichen Betreuersteam – seinen Lehrstoff vermitteln muss, während ein Kind mit extremen Verhaltensauffälligkeiten während des Unterrichtes plötzlich in einen Schreikrampf oder Wutanfall ausbricht.</p>	<p>Siehe Frage 11.1</p>	<p>Der Umstellungsprozess wird nach Einschätzung der SPD in einem Zehnjahreszeitraum möglich sein.</p>	<p>Die Umsetzung der UN-Konvention wird ein Prozess sein und die Schulen brauchen zum Gelingen dieses Prozesses entsprechende Rahmenbedingungen und Mittel. Das wird nicht von heute auf morgen gelingen. Wir halten ein solches inklusives Schulsystem jedoch bis zum Schuljahr 2020/2021 für realisierbar. Als Zwischenschritte werden wir gesetzlich verankern, dass die Möglichkeiten für eine inklusive Beschulung in jedem Schulträgerbezirk jedes Schuljahrs spürbar besser werden muss.</p>	<p>Unter der schwarz-gelben Landesregierung wird es keine flächendeckende Umsetzung der Inklusion geben. Durch den Ressourcenvorbehalt werden Schulen gar nicht in die Lage versetzt, inklusiv zu arbeiten. Vielmehr wird auf den Fortbestand der Förderschulen hingewirkt und bestanden.</p>

11.4 Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung der Förderschulen?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Es ist daher in hohem Maße verwerflich, dass die Oppositionsparteien die Inklusionsdebatte primär als Vorwand für eine ideologisch motivierte Kampagne auf dem Rücken behinderter Menschen zur Auflösung des differenzierten Schulsystems missbrauchen.</p> <p>Der Argumentation von SPD, Grünen und Kommunisten zufolge kann einem Haupt- oder Realschüler der Gymnasialbesuch nicht verwehrt werden, wenn zugleich ein geistig behindertes Kind lernzieldifferent am Gymnasium errichtet wird. Am Ende stünde folglich die sozialistische Einheitsschule.</p> <p>Im Mittelpunkt und als Ziel jeglicher Förderung von behinderten Kindern muss jedoch deren Integration in die Gesellschaft stehen. Ganz im Sinne dieser Zielsetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention hat das Land Hessen daher in den zurückliegenden Jahrzehnten eine vorbildliche und weithin anerkannte Förderschullandschaft geschaffen, deren insgesamt 234 Einrichtungen eine differenzierte und ausschließlich auf das Wohl des Kindes abgestimmte Förderung ermöglichen. Hochqualifizierte und speziell für den Umgang mit verschiedenen Formen von Behinderungen ausgebildete Lehrkräfte betreuen dort aufopferungsvoll mit großem Engagement und Zeitaufwand die ihnen anvertrauten Schüler.</p> <p>Nur zu gerne verschweigen die sogenannten Inklusionsbefürworter dabei das eigentliche Ziel der Förderschulen: Die Defizite von Kindern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen zu beheben und sie dadurch soweit zu fördern, dass ihnen eine bedürfnisorientierte Ausbildung und eine bestmögliche Integration in die Gesellschaft ermöglicht wird. Dies schließt bei adäquaten kognitiven, intellektuellen und sozialen Fähigkeiten sowie entsprechenden Erfolgsaussichten bereits heute die Möglichkeit zum Übergang auf eine Regelschule ein. Dagegen ist es dem Wohl eines Kindes mit Behinderungen nicht förderlich, wenn es der besonderen Bedürfnisse und wohlbehüteten Rückzugsräume einer Förderschule beraubt wird und sich als schwächstes Glied in einer Regelklasse wiederfindet.</p>	<p>Siehe Frage 11.1</p>	<p>Nach Vorstellung der SPD sollen sich auch Förderschulen zu inklusiven Schulen weiter entwickeln können. Diese öffnen sich dann für Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Eigenständige Förderschulen wird es – sachlogisch – bei fortschreitender Inklusion immer weniger geben.</p>	<p>Wie bereits in den Antworten zu 11.2 und 11.3 deutlich wurde, sind wir für ein Wahlrecht der Eltern, ihre Kinder dorthin zu schicken, wo sie die besten Fördermöglichkeiten sehen. Eine generelle Abschaffung der Förderschulen halten wir damit nicht vereinbar. Die Entscheidung über die Zukunft der Förderschulen liegt also in den Händen der Eltern.</p>	<p>Wie schon erläutert, hängt die zukünftige Entwicklung stark vom politischen Willen ab. DIE LINKE setzt sich, wie unter 11.2 beschrieben, für die Überwindung des Förderschulsystems ein.</p>

11.5 Wo sehen Sie die mehrfach schwerbehinderten und im engeren Sinne nicht "schulfähigen" Schülerinnen und Schüler in einem inklusiven Schulsystem?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Die CDU Hessen bekennt sich daher uneingeschränkt zum langfristigen Erhalt der Förderschulen, die von der laufenden Rechtsprechung auch im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention als integraler Bestandteil eines „inkluisiven Bildungssystems“ ausdrücklich anerkannt werden.</p>	<p>Siehe Frage 11.1</p>	<p>Diese Frage ist so pauschal nicht zu beantworten, weil hier sehr genau auf den Einzelfall gesehen werden muss.</p>	<p>Auch diese Schülerinnen und Schüler haben – wie alle Menschen – ein Anrecht auf größtmögliche Teilhabe und Partizipation an der Gesellschaft und an Bildung. Es wird im Einzelfall im Gespräch mit den Eltern zu entscheiden sein, wo und wie eine Beschulung und die ggf. notwendige gesundheitliche Versorgung am besten gewährleistet werden kann.</p>	<p>Ein inklusives Bildungssystem zu etablieren, heißt u.E., keinen „Rest“ zuzulassen, sondern für alle ein gemeinsames Zusammenleben zu schaffen. Zugleich muss den Möglichkeiten des/der Einzelnen entsprochen werden. Das heißt: Für jede/n Rückzugsmöglichkeiten und Schutz vor Überforderung anbieten, zugleich dem Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe und Begegnung nachkommen.</p>

12. Schulorganisation

Zahlreiche Experten haben sich gegen die Einrichtung eines zentralen Schulamtes ausgesprochen. Trotzdem hat am 01.01.2013 das Schulamt seine Arbeit aufgenommen.

12.1 Welche Vorteile, bzw. welche Nachteile sehen Sie in der Einrichtung eines zentralen Schulamtes?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Als regionale Ansprechpartner und fachkundige Beratungsstellen der Schulen vor Ort haben sich die Staatlichen Schulämter in der Vergangenheit bewährt. Die CDU Hessen hat sich daher bei der zurückliegenden Reorganisation der Schulverwaltung erfolgreich für einen Fortbestand der Staatlichen Schulämter eingesetzt und dafür gesorgt, dass die Behörden nicht nur in ihrer Eigenständigkeit bestehen bleiben, sondern auch alle 15 Standorte durch namentliche Nennung im Gesetz gleichsam mit einer Bestandsgarantie versehen werden. Darüber hinaus befürworten wir die Regelvermutung, wonach den Staatlichen Schulämtern auch weiterhin die Wahrnehmung der Schulaufsicht in der Region zugewiesen wird.</p>	<p>[Der Fragekomplex 12 wird zusammenfassend beantwortet!]</p> <p>Selbstständiger werdende Schulen benötigen eine Schulverwaltung, die sie in ihren veränderten Bedürfnissen unterstützt. Verwaltung muss von der Schule her gedacht werden. Durch die Einrichtung eines Landesschulamtes, in dem alle Institutionen des dem Kultusministerium nachgeordneten Bereichs zu einer einzigen Einrichtung zusammengefasst wurden, kann die Effizienz der hessischen Schulverwaltung durch die bestmögliche Bündelung personeller und finanzieller Ressourcen in der Organisationsstruktur gesteigert werden. Mit der Schaffung wurde die Doppelarbeit in den 17 einzelnen Behörden der Bildungsverwaltung abgeschafft und Unterstützung für unsere Schulen aus einem Guss geschaffen. Im Mittelpunkt des Landesschulamtes steht die Unterstützung unserer Schulen. Aus diesem Grunde bleiben die regionalen Ansprechpartner in den Staatlichen Schulämtern erhalten, um eine Beratung von Schülern, Eltern und Schulen vor Ort zu gewährleisten. Bereiche, die keinen regionalen Bezug haben, beispielsweise zentrale Verwaltungsdienste oder Statistikstellen, können zukünftig durch das Landesschulamt für alle Schulämter bearbeitet werden, so dass mehr Kapazitäten</p> <p>für die Beratungen zur Verfügung stehen. Auf diese Weise ist es möglich, noch direkter auf die Bedürfnisse und Fragen von Eltern und Schülern zu reagieren. Damit existieren überall vergleichbare Standards für alle Belange der Schul- und Unterrichtsentwicklung, der Evaluation und Qualitätssicherung sowie der Lehrkräftebildung und Personalentwicklung unserer selbstständiger werdenden Schulen. Neben den Synergieeffekten, die dadurch erzielt werden können, werden auch langfristig Verwaltungsstellen eingespart. Durch die Schaffung des Landesschulamtes wurden bereits jetzt 17,5 Stellen</p>	<p>Die SPD sieht keine Vorteile in der Einrichtung eines zentralen Landesschulamtes, hat dies auch stets abgelehnt und wird das Landesschulamt in der Regierungsverantwortung rückabwickeln.</p>	<p>Wir sehen keine Vorteile für die Schulen durch die Gründung des Landesschulamtes. Es ist vielmehr eine Monsterbehörde, die niemand will und niemand braucht. Auch nach unserem mehrfachen Nachfragen bei der Kultusministerin ist immer noch nicht klar, wo die versprochenen Verbesserungen für die Schulen sein sollen. Ganz im Gegenteil: Unsere schlimmsten Befürchtungen, dass die Bildungsverwaltung seit der Neugründung mit sich selbst und nicht mit der Unterstützung der Schulen beschäftigt ist, sind eingetreten. Es weist alles darauf hin, dass dort Chaos herrscht. Das übereilt zusammengeschriebene Gesetz ist fehlerhaft und wird vor Gericht verhandelt, der Präsident benötigt laut Stellenausschreibung lediglich „eine Affinität zu Fragen der Bildungswesens“ und der Berufsverband der Schulpsychologen und die Staatlichen Schulämter sehen sich in ihrer Arbeit gefährdet. Die Nachteile liegen daher auf der Hand: Das Landesschulamt kostet unnötiges Geld und ist mit sich selbst beschäftigt ohne Verbesserungen für die Schulen zu schaffen. Allein für Beraterverträge wurden in den ersten Monaten des neuen Amtes mehr als 250.000 Euro ausgegeben.</p>	<p>Die Vorteile sind auch der LINKEN bislang verborgen geblieben. DIE LINKE schließt sich der langen Liste der Kritiker an, die auch in der entsprechenden Anhörung ihre Bedenken geäußert haben. Diese Behörde macht keinen Sinn, sie degradiert die Staatlichen Schulämter zu Außenstellen und erschwert die Zusammenarbeit und Problemlösung vor Ort. Ebenso bedenklich ist es, wenn die Leitung des Landesschulamtes nicht von einer pädagogischen, sondern von einer juristischen Fachkraft übernommen werden soll.</p>

12.2 Wird durch die Einführung eine Doppelstruktur aufgebaut?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Eine partielle Zusammenlegung von Aufgabefeldern ermöglicht es dabei gleichwohl, die Staatlichen Schulämter von überregionalen Aufgaben zu entlasten und im Sinne einer Entbürokratisierung und Rationalisierung administrativer Strukturen und Prozesse den Abbau von Parallelstrukturen in zahlreichen Kompetenzfeldern voranzutreiben. So oblagen zahlreiche bündelungsfähige Aufgaben in den Bereichen Personalmanagement, Haushalt und Controlling, IT, Liegenschaften oder Rechtsangelegenheiten bislang sowohl den einzelnen Staatlichen Schulämtern, als auch AfL, IQ und Führungsakademie.</p>	<p><i>(Anm. Redaktion: siehe 12.1)</i></p>	<p>Ja, im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 12.1 verwiesen.</p>	<p>In vielen Bereichen werden neue Stellen geschaffen, in anderen wurde Personal versetzt. Auch vier Monate nach der Gründung ist immer noch nicht klar, warum die Aufgaben, die das Landesschulamt jetzt hat, nicht weiterhin von den Stellen übernommen werden können, die sie bisher inne hatten.</p>	<p>Falls das so wäre, wäre es nicht sinnvoll. Wir befürchten eher, dass Kompetenzen aus der unteren Ebene abgezogen werden. Da aber bisher weder Zuständigkeiten noch Aufgabenverteilung abschließend genau geklärt sind, ist alles denkbar.</p>

Der Landesrechnungshof hat vor der Einführung geraten, die Wirtschaftlichkeit einer solchen Behörde zu prüfen.

12.3 Entstehen durch die Einführung und den Betrieb zusätzliche Kosten?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Den Berechnungen des Kultusministeriums zufolge werden durch die Umgestaltung der Bildungsverwaltung und die Konzentration der o.g. Verwaltungsaufgaben mittelfristig 115 Stellen eingespart, darunter 15 infolge einer Reduzierung und Konzentration der Leitungsebene. Diesem Einsparvolumen stehen lediglich 13,5 Stellen für die anfängliche Ausstattung einer neuen Behörde gegenüber. Diese Zielvorgabe nebst den entsprechenden Maßnahmen zu ihrer Realisierung ist im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes hinlänglich kommuniziert worden.</p>	<p><i>(Anm. Redaktion: siehe 12.1)</i></p>	<p>Ja, davon ist auszugehen.</p>	<p>Da der Gesetzentwurf die Schaffung einer zusätzlichen B6- (über 8000 Euro/Monat), einer zusätzlichen B3- (über 6700 Euro/Monat) und einer zusätzlichen B2-Stelle (über 6300 Euro/Monat) vorsah, entstehen zusätzliche Kosten. Hinzu kommt der Arbeitsaufwand, der jetzt betrieben werden muss, um das Amt zu organisieren. Außerdem sind Kosten für Beraterverträge von bislang mehr als 250.000 Euro entstanden.</p>	<p>Selbstverständlich entstehen zusätzliche Kosten.</p>

12.4 Lassen sich diese beziffern?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<i>(Anm. Redaktion: siehe 12.3)</i>	<i>(Anm. Redaktion: siehe 12.1)</i>	Zu jetzigen Zeitpunkt lassen sich die zusätzlichen Kosten nicht seriös beziffern. Derzeit geht die SPD von mehreren Hunderttausend Euro aus, die für die Einrichtung (von der Entwicklung eines neuen Logos über Druckkosten von Briefpapier, Beauftragung externer Beratungsfirmen unter anderem für die Abwicklung von Stellenbesetzungsverfahren etc.) verausgabt wurden. Zusätzliche Personalkosten für Leitungsfunktionen sind hierbei nicht berücksichtigt.	Die Kosten für die zusätzlichen Stellen und die Beraterverträge lassen sich beziffern (siehe Antwort 12.3). Die Kosten durch die zusätzlich entstehende Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im AfL, IQ, den Staatlichen Schulämtern und dem Ministerium, die in dieser Zeit natürlich nicht ihrer eigentlichen Arbeit nachgehen können, kann nicht beziffert werden. Auch die von Kultusministerin Beer angepriesenen Einsparungen lassen sich trotz mehrfachem Nachfragen nicht genau in Zahlen ausdrücken.	Diese Frage könnte im Detail der Landesrechnungshof durch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung beantworten, weshalb DIE LINKE diese befürwortet hat.

Der Werra-Meißner-Kreis äußerte: "Eine Reduzierung der Schulämter auf reine Verwaltungsdienststellen führt unweigerlich zu einem zentralistischen Diktat."

12.5 Teilen Sie diese Auffassung?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<i>(Anm. Redaktion: siehe 12.1)</i>	<i>(Anm. Redaktion: siehe 12.1)</i>	<p>Im Kern ja – wobei die SPD sicher nicht diese Worte gewählt hätte.</p> <p>Richtig ist aber, dass wir eine eigenständig handlungsfähige Schulaufsicht als echtes Steuerungs- und Unterstützungssystem in der Fläche brauchen, um auch als vollwertiger Partner in den Regionen agieren zu können. Dafür steht die SPD.</p>	<p>Prinzipiell ist der Weg einer stärkeren Kommunalisierung dem der Zentralisierung in der Bildungsverwaltung eindeutig vorzuziehen. Vor Ort werden die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule, Ausbildungs- und Arbeitswelt und lebensbegleitendem Lernen organisiert. Vor Ort verschränkt sich Jugend- und Sozialarbeit mit Schule. Vor Ort werden Projekte und innovative Konzepte entworfen wie beispielsweise die 6-jährige Grundschule in Marburg. Vor Ort gestalten die Schulen gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern – und haben den guten Willen, dies noch stärker zu tun. Doch unsere Verwaltungsstrukturen hinken dieser Realität hinterher. Wir wollen in einem gemeinsamen Dialogprozess eine Vereinbarung über die künftige Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen den beiden Ebenen Land und Kommune treffen.</p>	<p>Anders lässt sich die Schaffung des Landesschulamtes nicht begründen. Die Befürchtung, dass die Schulämter nicht mehr regional problemorientiert und zeitnah agieren und entscheiden können, teilt DIE LINKE – und bedauert dies.</p>

Aufgaben und Organisation des Amtes soll durch die Staatsministerin Beer geregelt werden.

12.6 Ist dies zwischenzeitlich erfolgt?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>Die im Weiteren angefragte Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Reorganisation der Schulverwaltung obliegt dem operativen Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums. Wir bitten daher um Verständnis, dass wir als Partei im Rahmen der übersandten Wahlprüfsteine lediglich die Auffassung der CDU Hessen zu politischen Fragestellungen wiedergeben und keine Auskünfte zu den laufenden Geschäftsgängen einer Exekutivbehörde erteilen können.</p>	<p><i>(Anm. Redaktion: siehe 12.1)</i></p>	<p>Hierzu sind der SPD keine Einzelheiten bekannt.</p>	<p>Die Landtagsfraktion der GRÜNEN hat in den Sitzungen des Kulturpolitischen Ausschusses die Ministerin mehrfach nach den Aufgaben, dem Stand der Errichtung und der Organisation des Amtes gefragt. Dabei wurde deutlich, dass organisatorisches Chaos herrscht. Von einer klaren Organisationsstruktur kann unserer Meinung nach keine Rede sein.</p>	<p>Viele Zuständigkeiten sind noch im Unklaren. Auch die Stellenbesetzungen sind noch nicht in Gänze erfolgt – hierzu haben bereits zwei Gerichtsverhandlungen stattgefunden</p>

12.7 Welche Aufgaben übernimmt das Schulamt bis zur Klärung der Frage?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<i>(Anm. Redaktion: siehe 12.6)</i>	<i>(Anm. Redaktion: siehe 12.1)</i>	Hierzu sind der SPD keine Einzelheiten bekannt.	Auch diese Frage hat die GRÜNE Landtagsfraktion der Ministerin gestellt. Daraufhin verweist sie auf das Projekt der Leseförderung. Dass dieses Projekt auch vorher schon im Ministerium betreut wurde, ist für uns ein weiterer Beweis dafür, dass eine Verbesserung für die Schulen nicht erkennbar ist.	(Fragen 12.7 und 12.8 werden gemeinsam beantwortet) Eine genaue Aufgabenverteilung hat noch nicht stattgefunden – und natürlich hätten diese Überlegungen nicht nur vorher stattfinden, sondern Grundlage für ein solches Vorhaben sein müssen.

12.8 Sollte nicht grundsätzlich vor Errichtung einer Behörde, der Bedarf und die Aufgaben- und Kompetenzverteilung geklärt sein?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<i>(Anm. Redaktion: siehe 12.6)</i>	<i>(Anm. Redaktion: siehe 12.1)</i>	Hierzu sind der SPD keine Einzelheiten bekannt.	So ist es, aber bei der Gründung des Landesschulamts standen andere Aspekte im Vordergrund, wie beispielsweise die Schaffung von neuen hochdotierten Posten. Es ist daher auch nicht überprüft worden, ob die Errichtung tatsächlich sinnvoll und ohne Alternativen war. Sowohl die Weigerung der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit als auch das Ignorieren der unzähligen negativen Stellungnahmen bei der parlamentarischen Anhörung haben dies verdeutlicht.	Redaktion: siehe 12.7

13. Die Fee

Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, mit welchen konkreten Maßnahmen würden Sie die Bildungslandschaft in Hessen verbessern?

CDU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
<p>1. Die Bewahrung eines begabungs- und leistungsorientierten Schulsystems mit Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Berufsschulen, Förderschulen und Gymnasien und das dauerhafte Ende der bereits im letzten Jahrhundert gescheiterten sozialistischen Einheitsschulexperimente.</p> <p>2. Eine weitere Optimierung der im europäischen Vergleich herausragenden beruflichen Zukunftsaussichten junger Menschen als Folge einer praxisnahen Ausbildung an den Schulen und in den Betrieben sowie ein Ende der Diffamierungskampagne gegen Haupt-, Real- und Berufsschüler.</p> <p>3. Eine Fortsetzung der erfolgreichen christdemokratischen Bildungspolitik, die auch künftig so viele Lehrer, so viel Unterricht, so kleine Klassen, so viele Ganztagsangebote und so viel Geld in Bildung wie nie zuvor gewährleistet.</p>	<p>1. Ich würde die demographische Rendite im (Schul-) System lassen und 105 Prozent Lehrerversorgung für alle Schulen für die nächsten 10 Jahre festlegen.</p> <p>2. Ich würde Bildung aus einer Hand verwirklichen und ein Bildungsministerium von der frühkindlichen Bildung über Schule bis zu Hochschule, Weiterbildung und Lebenslangem Lernen schaffen.</p> <p>3. Einen parteiübergreifenden und gesellschaftlichen Konsens zum "Lehrer 2020" erreichen und definieren wie die Lehreraus- und -fortbildung der Zukunft aussieht. Wir dürfen keine Schülerinnen und Schüler mehr zurück lassen und brauchen dafür die am besten geeigneten und ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer. Das sollte Konsens sein und nicht durch ideologische Streitigkeiten in den Hintergrund treten!</p>	<p>1. Die SPD wünscht sich eine Schule, die jedes Kind in seiner Unterschiedlichkeit fördern kann und jedes Kind zu einem Abschluss führt.</p> <p>2. Die SPD wünscht sich eine Schule, die auf Sanktionen und Beschämung von Kindern verzichtet.</p> <p>3. Die SPD wünscht sich eine inklusive Schule, in der Kinder mit und ohne Förderbedarf voneinander lernen und profitieren können.</p>	<p>1. Ein Schulfriede für Hessen. Seit Jahren und Jahrzehnten wird in Hessen ein teilweise erbitterter Schulkampf um Schulstrukturen geführt. Die reale Qualitätsverbesserung jeder einzelnen Schule ist dabei oft zu kurz gekommen. Wir werden diesen Schulkampf nicht fortsetzen. Eine Landesregierung mit GRÜNER Beteiligung wird der Opposition die Hand zu einem Schulfrieden reichen. Unser Ziel ist eine Vereinbarung zwischen den an Schule Beteiligten und den im Landtag vertretenen Parteien über die Schulentwicklung in Hessen für die nächsten zehn Jahre. So erhalten die Schulen endlich Planungssicherheit, um sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren zu können. Das ständige Rein-in-die-Kartoffeln-raus-aus-den-Kartoffeln hätte endlich ein Ende. Ein solcher Schulfrieden ist auch in Hessen möglich, wenn alle politischen Parteien endlich den Elternwillen respektieren. Wir GRÜNE verpflichten uns: Wir wollen Garanten des Elternwillens sein. Mit uns wird es keine Zwangsbeglückungen für die Schulen geben. Wir wollen Veränderungen, aber wir werden sie nicht von oben verordnen. Wir setzen auf er möglichen statt verordnen.</p> <p>2. Eine Bildungs- und Betreuungsgarantie. Der Wunsch der Eltern nach qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten hört nicht mit dem 6. Geburtstag ihrer Kinder auf. Im Gegenteil: Gerade dann erwarten die Mütter und Väter, dass ihre Söhne und Töchter nicht nur guten Unterricht in der Grundschule erhalten, sondern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist. Die GRÜNE Bildungs- und Betreuungsgarantie ist darauf die Antwort. Wir werden dafür sorgen, dass es an jeder Grundschule ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30 bis 17:00 Uhr gibt. Selbstverständlich entscheiden die Eltern selbst, ob und wie lange sie ihr Kind über die Unterrichtszeit der Grundschule hinaus betreuen lassen wollen. Die Bildungs- und Betreuungsgarantie ist ein Angebot und kein Zwang. Zur Umsetzung der</p>	<p>1. Beendung der chronischen Unterfinanzierung des hessischen Bildungswesen</p> <p>2. Einführung der Schule für Alle, inklusiv und ganztägig</p> <p>3. Abschaffung des Unterrichtsbeginns um 8:00</p>

			<p>Bildungs- und Betreuungsgarantie werden wir im Laufe der kommenden fünf Jahre allen Grundschulen die Aufnahme in das Ganztagsschulprogramm des Landes ermöglichen. Als Land werden wir das Personal oder die Mittel zur Verfügung stellen, um an fünf Tagen die Woche von 7:30 bis 14:30 Uhr ein Ganztagsangebot an den Grundschulen bereitzuhalten. Für die Zeit von 14:30 bis 17:00 Uhr und für die Betreuung in den Schulferien sind im Gegenzug die Kommunen zuständig. Durch einen Vertrag zwischen Land, Schulträger und Kommunen werden wir sicherstellen, dass für die Eltern und ihre Kinder ein Bildungs- und Betreuungsangebot aus einem Guss von 7:30 bis 17:00 Uhr entsteht.</p> <p>3. Mehr Zeit für individuelles Lernen. Zu einem stärker individualisierten Lernen wollen wir durch zahlreiche Maßnahmen beitragen. Eine echte 105%-Lehrerversorgung und die Lehrerzuweisung nach Sozialindex schaffen Freiräume für zusätzliche Förderangebote. Der Ausbau von Ganztagschulen ermöglicht mehr Zeit für individuelleres Lernen. Mit unserem Konzept für eine „Neue Schule“ setzen wir auf längeres gemeinsames Lernen und einen binnendifferenzierten Unterricht. Der flexible Schulanfang in der Grundschule ermöglicht Kindern die ersten beiden Jahrgangsstufen je nach individueller Entwicklung in einem, zwei oder drei Jahren zu durchlaufen. Eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ermöglicht zwei Geschwindigkeiten zum Abitur.</p>	
--	--	--	--	--